

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 1. — Fernsprechnummer 1111. — Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. — Postzustellungsnummer 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 6.75 Mk., monatlich 2.25 Mk. Beim Abholen vom Verlag und bei den Buchhandlungen vierteljährlich 6.30 Mk., monatlich 2.10 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 6.75 Mk., monatlich 2.25 Mk. ohne Postgebühren. — Anzeigengebühren: die gewöhnliche Nonpareilgröße 80 Pf., im Reklametat Seite 3.00 Mk., Vereinslatz Seite 20 Pf. Anzeigen-Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Abdruckfoto: Nr. 1728 Berlin.

Nr. 2.

Magdeburg, Sonnabend den 3. Januar 1920.

31. Jahrgang.

Deutschland bezahlt's ja.

Von unterzeichneter Seite wird uns geschrieben:
Die „Magdeb. Ztg.“ veröffentlicht in ihren Nummern 909 und 910 zwei Artikel, die sie aus einem andern Blatte, „Die Grenzlande“, übernommen hatte und die, „aus gewerblichen Kreisen“ stammend, die Frage des Wiederaufbaues behandeln. Die Artikel strotzen von Unrichtigkeiten, Entstellungen und giftigen Angriffen. Ihr Zweck ist, die Laßsache, daß die Vertreter der deutschen Bauunternehmer-Organisationen eine geradezu landesverräterische Haltung einnehmen, um auf Kosten des Reiches möglichst hohe Gewinne einzubehalten.

Um was handelt es sich in Wirklichkeit? Der Vertrag von Versailles verpflichtet Deutschland zur Wiedergutmachung des Schadens, der der feindlichen Zivilbevölkerung durch den Krieg zugefügt worden ist, mit andern Worten, zur Wiederherstellung des zerstörten Gebiets

in Nordfrankreich und Belgien. Deutschland kann zu diesem Zwecke drei Methoden in Vorschlag bringen, worunter die des Wiederaufbaues aus eignen Mitteln und mit eignen Arbeitskräften. Bei den Alliierten steht es jedoch, welche der Methoden sie anwenden und in welchem Umfang sie die verschiedenen Methoden anwenden wollen.

Nun ist es auf der Hand liegend, daß es für Deutschland die teuerste Methode ist, wenn die französische Regierung die Arbeiten an Unternehmer vergibt, gleichgültig, ob es nun französische, deutsche oder Unternehmer anderer Nationalität sein mögen. Denn erstens ist die französische Regierung keineswegs irgendwie interessiert, daß die Arbeiten möglichst billig hergestellt werden: L'Allemagne paiera, Deutschland bezahlt's ja. Zweitens schiebt die französische Regierung in diesem Falle die Kosten vor, die Deutschland dann zurückzahlen muß. Was das bei dem Stand unserer Valuta bedeutet, kann sich jeder leicht vorstellen. Deutschland müßte das Vier- und Fünffache der wirklichen Herstellungskosten zahlen, und eine derartige Verschuldung würde unsere Valuta noch mehr drücken.

Dezhalb die deutsche Regierung schon im April dieses Jahres der französischen Regierung vorgeschlagen, einen Teil der notwendigen Arbeiten selbst zur Ausführung zu übernehmen. Es konnte und kann sich nur um einen Teil der Arbeiten handeln, weil Deutschland gar nicht über so viel überschüssige Arbeitskräfte verfügt, um alle Arbeiten der zerstörten Gebiete selbst auszuführen. Man erinnere sich, daß in Deutschland vor dem Krieg ausländische Bauarbeiter zu Tausenden beschäftigt wurden, weil nicht genügend einheimische Arbeitskräfte vorhanden waren. Seit 5 Jahren ist nicht gebaut worden. Sobald die Bautätigkeit wieder aufgenommen sein wird, wird zweifellos ein Mangel an Arbeitskräften sich fühlbar machen. Nichtsdestoweniger hat Deutschland aus den angeführten Gründen ein großes Interesse daran, die Aufräumungs- und Wiederaufbauarbeiten der zerstörten Gebiete in möglichst großem Umfang selbst auszuführen.

Dieser Tatsache haben sich auch die interessierten Arbeiterorganisationen nicht verschlossen. Obwohl es für deutsche Bauarbeiter ein Opfer bedeutet, ins feindliche Ausland zu gehen, umringt von einer ihnen natürlich unfreundlich gesinnten Bevölkerung, fern von der Heimat und der Familie, in Gegenden, wo es an den primitivsten Bequemlichkeiten der Kultur fehlt, haben sich die Vertreter der Bauarbeiter bereit erklärt, an diesem

dornenvollen Kulturwert

im Interesse der Völkerveröhnung mitzuarbeiten.

An den Verhandlungen haben denn auch in paritätischer Zahl sowohl Vertreter der Unternehmer wie der Arbeiter teilgenommen. Wenn in den angezogenen Artikeln in der „Magdeburgischen Zeitung“ gesagt wird: „In fordern ist darum zunächst, daß die Regierung bei ihren Vorbereitungen und zu den Verhandlungen alle Interessengruppen, auch die der privaten Unternehmer hinzuzieht“, so werden damit entweder offene Türen eingerannt oder es wird versucht, durch eine gefälschte Darstellung die Deffentlichkeit irrezuführen. Ebenso falsch ist die Behauptung, daß die Frage noch nicht in das offizielle Stadium der Verhandlungen gerückt ist. Verhandlungen, an denen von französischer Seite u. a. der Wiederaufbauminister Loucheur teilnahm, von deutscher Seite u. a. die offiziellen Vertreter der Unternehmer wie der Ar-

beiter als Sachverständige, der Reichskommissar für den Wiederaufbau usw., haben wiederholt stattgefunden. Ja, es sind bereits für die Wiederherstellung der zerstörten Bergwerke Aufträge erteilt worden. Wichtig ist jedoch, daß die allgemeinen Verhandlungen augenblicklich etwas stocken, wohl infolge der Verzögerung, die das Inkrafttreten des Friedens erfährt. Ein anderer Grund der Verhandlungsstockung muß in der Peinigung der deutschen Bauarbeitervertreter erblickt werden, bedingungsgewissermaßen zu liefern, um bei den Aufräumungsarbeiten die Kriegsgefangenen zu ersetzen. Daß die deutschen Gewerkschaften nicht ihr Hand dazu bieten werden, um Arbeitsklaven zu liefern,

deuten weder in persönlicher Freiheit noch in der Entlohnung und Verpflegung irgendwelche Garantie geboten wird, versteht sich von selbst.

Sobald jedoch durch das Inkrafttreten des Friedens die Kriegsgefangenen heimtransportiert werden müssen, wird die Frage der Arbeitskräfte und damit des Wiederaufbaues akut werden. Denn bislang behilft sich die französische Regierung mit den deutschen Kriegsgefangenen.

Die deutschen Gewerkschaften haben an ihrer Beteiligung beim Wiederaufbau im Interesse der deutschen Arbeiter wie der deutschen Volksgemeinschaft überhaupt eine Reihe von Bedingungen geknüpft. Diese Bedingungen sind im wesentlichen drei: 1. Daß die französische Bauarbeiterorganisation der Beteiligung der deutschen Arbeiter zustimmen. 2. Daß das Deutsche Reich die Arbeiten als Generalunternehmer übernimmt. 3. Daß die beim Wiederaufbau beschäftigten Arbeiter unter bestimmten tariflichen Bedingungen arbeiten.

Die erste Bedingung ist erfüllt. Mit den Vertretern des französischen Bauarbeiterverbandes ist ein in allen Einzelheiten wohl durchdachtes Abkommen getroffen, das die im Wiederaufbaugebiet beschäftigten deutschen Arbeiter auch unter den Schutz der französischen Organisation stellt. In diesem Abkommen, das die anerkannte Vertretung der französischen Bauarbeiter, die mit den französischen Bauunternehmern eine Arbeitsgemeinschaft bildet, zur Basis ihrer Forderungen für den Wiederaufbau macht, ist als Grundbedingung aufgestellt, daß deutsche Arbeiter nur zu beschäftigen sind bei Arbeiten die

dem Deutschen Reich als Generalunternehmer

übertragen sind. Die deutschen Bauarbeiterorganisationen stimmen in diesem Punkte nicht nur mit der deutschen Reichsregierung, sondern auch mit den französischen Bauarbeitern überein. Ja, wir können hinzufügen, ohne zu weit zu gehen: auch mit der französischen Regierung. Denn in den seitherigen Verhandlungen haben die französischen Regierungsvertreter diesem Prinzip zugestimmt. Die Gründe, weshalb auch die französische Regierung und weshalb die französische Bauarbeiterorganisation diesem Grundsatz zustimmen, sind andere als die der deutschen Regierung und der deutschen Arbeiterorganisationen. Doch das ist Nebensache. Die Hauptsache ist, daß dieser Grundsatz von den beiderseitigen Regierungen wie von den beiderseitigen Arbeiterorganisationen anerkannt ist. Auch im dritten Punkte, tarifliche Sicherung der Arbeits- und Existenzbedingungen der deutschen Arbeiter, sind sich die angeführten beteiligten Kompetenzen alle einig.

In Verfolg dieser Bestimmungen fanden zwischen den Vertretern der deutschen Bauarbeiter und der deutschen Bauunternehmer Verhandlungen statt. Diese Verhandlungen sind an dem Starriam — richtiger gesagt an der Profitgier — der deutschen Unternehmer gescheitert. Ihnen sind die ausgearbeiteten Tarifbedingungen, die den materiellen und moralischen Schutz der Arbeiter sicherstellen, ein Dorn im Auge. Sie wollen auch nicht, daß neben den Privatunternehmen auch sozialisierte Betriebe herangezogen werden.

Nun gehen die Herren mit allerhand Wörtern hausieren, um die Deffentlichkeit irrezuführen, die Regierung und die Arbeiterorganisationen einzuschüchtern.

Es ist ein Märchen, wenn behauptet wird, die Verhandlungen mit der französischen Regierung stockten deshalb, weil diese das „böse Beispiel“ der

sozialisierten Betriebe

fürchte. Erstens ist bei den Verhandlungen von sozialisierten Betrieben überhaupt nicht gesprochen worden. Zweitens gibt es kein Land und keine Berufsgruppe, wo das System der Produktivgenossenschaften so verbreitet ist wie gerade in Frankreich im Banberuf. Nach französischem Geiste müssen diese Genossenschaften bei Submissionen sogar bevorzugt werden. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Genossenschaften ist allerdings wegen ihrer geringen Kapitalkraft nicht sehr groß. Aber daß die französische Regierung fürchten sollte, die deutschen Bauarbeiter könnten in Frankreich eine „Idee“ verbreiten, die dort seit mehr als einem halben Jahrhundert verwirklicht ist, berührt komisch.

So komisch ist die Sache jedoch nicht. Die deutschen Bauunternehmer wollen jetzt, nachdem sie den deutschen Bauarbeitern Bedingungen verweigert haben, die diesen von der französischen Regierung und den französischen Bauarbeitern zugestanden worden sind, sich herausreden, um auf eigener Faust, zum Schaden des Deutschen Reiches und auf Kosten der deutschen Bauarbeiter Freibeuterpolitik zu treiben. Sie wollen verdienen und recht viel verdienen. Mit dem Deutschen Reich, wenn es geht, ohne um gegen das Deutsche Reich, wenn ihr Profit begrenzt werden soll. Sie werfen sich dann lieber den französischen Unternehmern und der französischen Regierung an den Hals und bieten sich als Subunternehmer an: L'Allemagne paiera, Deutschland bezahlt's ja.

Nun, wir erklären den Herren, daß wir weder auf ihren Bluff noch auf ihre Erpressung hereinfallen. Daß das Deutsche Reich von ihnen nicht ausgeplündert wird, dafür ist gesorgt, so sehr sie auch schreien mögen. R.

„Sabotage des Wiederaufbaues“.

Das deutsche Volk windet sich unter der eisernen Faust der Sieger, es windet sich unter den furchtbaren Lasten unserer Wirtschaftskrisis. Neue unerhörte Opfer werden ihm durch die letzten Finanzgesetze aufgebürdet. Aber wer trägt die Lasten zum weitestgehenden Teile? Der Proletariat, die hand- und kopfarbeitenden Massen; kurz alle, die durch ihrer Hände Arbeit ihr Brot verdienen müssen. Im Verhältnis zu ihnen sind diejenigen viel weniger belastet, die geschützt auf Kapitalreserven, sich jeden Wunsch erfüllen können, diejenigen, die in der Lage sind, ihr Kapital für sich arbeiten zu lassen und so in der jetzigen Zeit des Glubsches gewaltige Wuchererträge einzustreichen. Die rechtskonservative Presse und ihr Anhang schreien dennoch Peter und Paul, weil sie zu sehr angefaßt werden.

Schuld an dem jetzigen Glend ist beinahe die Regierung im allgemeinen und die Sozialdemokratie im besondern. Diesen Vampiren der menschlichen Gesellschaft kann nicht oft genug entgegengehalten werden, daß es ihre Saat ist, die hier reift, die sie geät haben lange vor dem Anbruch und während des Völkermordens.

Die „Magdeb. Ztg.“, die in letzter Zeit noch mehr als sonst, trotz der moralischen Ohrfeigen der „Magdeb. Tagesztg.“, im Rohwasser der rechtskonservativen Chique jagelt, erhebt in ihrer vorletzten Sonnabendausgabe ein Verlogenheitsgestammel über den Artikel in der „Volkstimme“ „Sabotage der Kapitalisten“. Ungemollt bestätigt sie alles das, was in dem Artikel gesagt worden ist. Man kann der „Magdeburgischen Zeitung“ nur dankbar sein, wenn sie einmal in einem klaren Augenblick ihr Innerstes zeigt. Wie schön ist doch die Demokratie, besonders die der Berg- und Genossen und der „Magdeb. Ztg.“, wenn sie in ihrem Sinne wehrt. Aber wehe, wenn sie ihnen an den Wagen fährt oder mit andern Worten ihren „prokapitalistischen Beutel schlaff und leer“ machen will.

Bei Ausbruch der Revolution glaubte man in Demokratie und Republik machen zu müssen, aus geschäftlichen Rücksichten, heute geht man wieder ins alte deutsche Fahrwasser über und wird rechtskonservativische Schamacherpresse, — auch aus Geschäfts- rücksichten. Zur Dekoration ein nationales schwarzweißrotes Schild — dann wird es schon ziehen. Dumme finden sich immer; sie werden bekanntlich nicht alle. So etwas nennt man dann prinzipienfest und erhebt Anspruch darauf, ernst genommen zu werden.

Die „Magdeb. Ztg.“ meint in ihrer Erwiderung, daß ihre sachliche Stellungnahme dem deutschen Arbeiter viel förderlicher wäre als die apokalyptische der „Volkstimme“. Die Vorsetzung

behilfen den bedürftigen Arbeiter vor der Verwirklichung der Ideen der „Magdeb. Ztg.“.

Zur Illustration der Entwicklung des Kapitalismus möge folgende Statistik dienen, die einem amerikanischen Parteiblatt, der „Arbeiter-Zeitung in St. Louis“, entnommen ist, und die den Zusammenhang der Ansammlung größerer Vermögen in Amerika mit den von den Vereinigten Staaten geführten Kriegen zeigt: 1855 gab es in den Vereinigten Staaten 28 Millionäre, nach dem Bürgerkrieg 1861/62 stieg die Zahl auf etwa 500. Im Jahre 1914 zählten die Vereinigten Staaten 5000 Millionäre, nach dem Weltkrieg ist ihre Zahl auf 25.000 gestiegen.“ Wichtig ist es in allen Ländern. Kriege sind in der kapitalistischen Welt immer eine gewaltige Konjunktur gewesen. Aus Menschenblut wird Gold gemacht. Je mehr Blut vergossen wird, desto mehr Geld wird erzeugt für einzelne, während die Massen überall der Not, dem Elend und der Verarmung anheimfallen. Die Statistik beweist die zwingende Notwendigkeit der Verwirklichung des Sozialismus. Wenn Karl Marx sagt, „der Kapitalismus wird an seiner eigenen Entwicklung zugrunde gehen“, so bedeutet das nicht, daß wir ruhig abwarten sollen, bis er zugrunde geht, sondern wir müssen dabei stürker nachhelfen, damit der Prozeß beschleunigt wird. Die Expropriation, d. h. die Enteignung des Kapitalismus, muß unser Ziel und Streben sein und deshalb, und gerade weil wir als Sozialdemokraten demokratisch sind, müssen die Lasten noch viel mehr als bisher auf die Schultern derer gelegt werden, die sie tragen können. Die Demokratie der „Magdeb. Ztg.“ würde allerdings die Lasten so verteilen, daß dem Arbeiter alles entgegengesetzt würde und dem Kapitalisten nichts, denn nach ihren Worten muß das Kapital geschont, wie ein rohes Ei behandelt werden.

Auf die „Magdeb. Ztg.“ und ihr Ansehen schon einmal einen Arbeiter gesehen, der am Freitagabend seinen Kindern folgen mußte: „Ich bin zwar mein Leben lang fleißig und solid gewesen und habe Tag und Nacht geschafft, auch zu ernähren, aber weil ich keine Arbeit habe, hat auch der Weibschwengel nichts bringen können.“ Solche Fälle gab es zu Tausenden — vor dem Kriege, heute gibt es sie zu Hunderten. Und wodurch? Dadurch, daß der Kapitalismus ohne Rücksicht auf Menschen und seine Arbeitskraft und ohne Rücksicht auf die Not der Massen dem einen Ziele lehte: seiner Vermehrung und Ausdehnung. Den vielgeschmähten Sozialismus verwirklichen heißt meine, wahre Menschlichkeit in die Tat umsetzen.

Die „Magdeb. Ztg.“ propagiert weiterhin den von den Deutschnationalen und von der Deutschen Volkspartei vertretenen Gedanken der Zwangsanleihe. Zu ihrem großen Schmerze, wir sagen mit Recht, sind die Regierung und die Mehrheit der Nationalversammlung mit einer unwilligen Handbewegung über dieses Projekt zur Tagesordnung übergegangen. Mancher könnte ja sagen, wenn sich die Kreise, die die Sparprämienanleihe sabotierten, für diese Art der Anleihe erwärmen, so könnte man es doch mit dieser Zwangsanleihe versuchen. Die Zwangsanleihe wird von den rechtssozialistischen Kreisen nur deshalb propagiert, weil sie bei dieser Gelegenheit ihre Kriegsanleihe zum vollen Werte loswerden könnten. Vergelt wollen also die Kreise, die der „Magdeb. Ztg.“ nahe stehen, nicht opfern, jedoch Kriegsanleihen, weil sie dabei am Vaterland ein Geschäft machen können.

Wenn die „Magdeb. Ztg.“ nun aus Verbestärken in den Ruf „Fort mit Erzeberger!“ einstimmt, so haben wir die Gründe in dem Artikel „Sabotage der Kapitalisten“ gebührend gewürdigt. „Dieser blutige Dilettant und Demagoge“ hat durchgesetzt, daß die Banken zur Zukunftsbereitstellung über die in ihrer Verwaltung befindlichen Vermögen verpflichtet sind. Die Herren Kapitalisten, die doch die größten Steuerdefraudanten waren und noch sind, werden dadurch gehörig bei den Hannelbeinen gepackt. Ihre Lust, die sich in unarbeitsreichen Tönen entläßt, ist verständlich. Bis jetzt brachten sie sich tapfer an der Steuer vorbei, während jedem Arbeiter und Angestellten das Einkommen auf Heller und Pfennig nachgewiesen und versteuert wurde. Es ist gut, daß es endlich so weit gekommen ist. Die höchste Zeit war es. Aber damit ist lange noch nicht genug getan. Was wir verlangen müssen, ist eine reifliche Erfassung und Besteuerung aller Kapitalisten bis zur höchsten Grenze besonders der Kriegsgewinne, aber nicht verteilt auf Jahrzehnte, die Zeit auf Erholung und Wiederansammlung bieten. Wie wir mit diesem Geld unser Wirtschaftsleben wieder zur Blüte bringen, mag die „Magdeb. Ztg.“ den „weltschmerzenden Marx-Fanatikern“ getrost überlassen. Dem Keinen Manne wird am besten damit gedient sein. Zur Einführung sei ihr jedoch das Studium der Marx'schen Lehren empfohlen, damit sie erkennen, daß wir unsere „Propheten“ verstehen und nach seinen Lehren handeln.

Wenn die „Magdeb. Ztg.“ ihren Artikel „Sabotage des Wiederaufbaues“ mit den Worten schließt: „Dem Erzeberger ist die menschengewordene Sabotage des Wiederaufbaues unser Vaterlandes“, so kann man damit einverstanden sein, wenn es statt dessen heißt: „Die „Magdeb. Ztg.“ und die ihr nahe stehenden Rechtssozialisten sind und bleiben die menschengewordene Sabotage unsers Wiederaufbaues.“

Friedensrechnung.

Unmittelbar vor dem Inkrafttreten des Friedens hat der französische Finanzminister, Herr Klotz, in der Deputiertenkammer eine kleine Rechnung aufgemacht, in der die Schulden des Deutschen Reiches an Frankreich mit dem niedlichen Betrag von 200 Milliarden figurieren. Herr Klotz ist eigentlich bescheiden geworden. In einer früheren Rechnung sprach er von 280 Milliarden. Wir haben uns in Finanzsachen längst das Staunen und Erschrecken abgewöhnt, fügen also, ohne mit der Wimper zu zucken, hinzu, daß es sich natürlich um 200 Milliarden Frank handelt, was beim heutigen Wertumstand rund und roh etwa 1000 Milliarden Mark ausmacht, und daß mit den Schulden an Frankreich unsere Schulden noch lange nicht erschöpft sind. Wir haben außerdem auch Schulden an England, Amerika, Italien, Polen, Belgien, von Kleinigkeiten gar nicht zu reden. Möglicherweise werden wir auch noch Schulden an Rußland dazu bekommen, denn der Friedensvertrag von Versailles sieht ausdrücklich vor, daß auch Rußland, wenn es wieder einmal eine gestandene, d. h. in diesem Fall eine der Entente genehme Regierung haben wird, seine besonderen Ansprüche an Deutschland stellen kann.

Es kann also gar keine Rede davon sein, daß mit den tausend Milliarden Mark, die wir Frankreich schulden, unsere Schuldenlast erledigt ist. Man wird, wenn man vorsichtig rechnet, so ungefähr auf das Doppelte dieses Betrags herankommen. Ein Rechenkünstler mag sich dann weiter das Vergnügen machen auszurechnen, in welchem Maß unsere Schuldenlast steigt, wenn sich der Stand unserer Wäute noch weiter verschlechtert. Er wird dabei zu Zahlen kommen, deren Phantastik beinahe schon wieder an das Humoristische grenzt. Und dies ist freilich der Trost, der uns gebühren ist, daß es Höhen gibt, in denen das Schwindelgefühl aufhört und Erscheinungen, die zu groß sind, als daß man vor ihnen noch erschrecken könnte. So gibt es schließlich auch Schuldenlasten, die einem keine Sorge bereiten, weil man der ruhigen Gewißheit ist, daß man sie doch niemals bezahlen kann. Ein Privatmann A. B., der in bescheidenen Verhältnissen lebt, mag sich Sorgen darüber machen, woher er die 1000 Mark nehmen soll, die er schuldig ist und die zum nächsten Ersten fällig sind, aber er wird sich nicht beunruhigen, wenn man ihm sagt, daß er einige Millionen bezahlen soll, er wird dann einfach achselzuckend die Taschen umdrehen.

Die Situation Deutschlands seinen früheren Feinden gegenüber wäre genau dieselbe, wenn es bei der Rechnung des Herrn Klotz verbliebe und die Finanzminister der andern Ententestaaten ähnliche Rechnungen aufmachen wollten. Im Friedensvertrag von Versailles ist aber auch schon ausgesprochen, daß es dabei nicht verbleiben soll, und daß man von Deutschland die volle Bezahlung aller Schulden, die es bei der Entente nach deren eigener Rechnung hat, nicht erwartet. Theoretisch sind die Schulden Deutschlands an die Entente unendlich. Praktisch sollen sie bis zum 1. Mai 1921 von der Wiedergutmachungskommission festgesetzt werden. Der von der Kommission festgesetzte Betrag soll dann in 30 Jahresraten abbezahlt werden, so daß, wenn alles gut geht, Deutschland im Jahre 1950 mit der Bezahlung seiner Kriegsschulden an die Entente fertig sein wird.

Die Ziffern des Herrn Klotz haben also zunächst gar keine reale Bedeutung. Die Entscheidung über die Höhe der von Deutschland zu leistenden Kriegsschuldungen fällt erst am 1. Mai 1921. Sie wird einseitig von den Vertretern der Entente gefällt, ein bei allen Friedensschlüssen der Welt noch nicht dagewesener Vorgang. Deutschland hat den Gegnern durch Unterzeichnung des Friedensvertrags tatsächlich einen Blankoscheck auf alles, was es hat, ausgestellt, und wir können sozusagen über die Scheck auf unsern Rücken und über die Haare auf unserm Kopfe nicht mehr frei verfügen. Der Witz dieser verzweifeltsten Situation ist nun aber der, daß die Entente uns vernünftigerweise keine unerträglich hohen Lasten auferlegen darf, wenn sie nicht leichtfertig den Zusammenbruch ihres Schuldners und damit ihren eignen Zusammenbruch herbeiführen will.

Mehr politisches Pflichtbewußtsein.

Fast über Nacht ist aus der sozialdemokratischen Oppositionspartei eine Regierungspartei geworden. Der Weg, den sie als solchen zurückgelegt hat, war ein äußerst dornenreicher. Tausenderlei Hindernisse stellten sich ihr entgegen, die nur mit größter Mühe zu überwinden waren. Fast schien es, als sollte sie unter der Last der Verantwortung und unter dem Druck der äußern sowie innern Schwierigkeiten zusammenbrechen. Aber die Partei hat die schwere Belastungsprobe bestanden — trotz Friedensvertrag, trotz Spartakisten und Monarchisten. Sie hat dem deutschen Volke neue Wege zum Aufstieg gewiesen. Erst eine spätere Generation wird anerkennen, was die Sozialdemokratische Partei in dem kritischen Jahre 1919 geleistet hat. Ohne sie, ohne ihre Entschlossenheit, ohne ihre planmäßige Politik wäre Deutschland und das deutsche Volk rettungslos untergegangen.

Eine Riesenaufgabe hat unsre Partei seit den Novembertagen 1918 vollbracht. Sie erscheint uns so heldenmütiger, je mehr man berücksichtigt, in welcher fürchterlicher Situation sie die Regierungsgewalt übernahm. Zu diesen Schwierigkeiten kommt aber noch hinzu, daß in der wilhelminischen Ära kein Sozialdemokrat Nachwächter werden durfte, daß die Partei der „vaterlandslosen Gesellen“ ferngehalten wurde von allen öffentlichen Ämtern. Alle diese Umstände erschwerten natürlich die von unsrer Partei zu leistende Wiederaufbauarbeit gewaltig. Unsre Genossen, nicht geschult in verwaltungstechnischen Fragen, mußten sehr oft wichtige und wichtigste Arbeiten den alten Bürokraten überlassen. Die spartakistischen Unruhen und die monarchistischen Treibereien erleichterten unsern regierenden Genossen das Dasein natürlich keineswegs. Daß in solcher Situation einmal nicht alle aufgestellten Hoffnungen erfüllt und zum andern Teile gemacht werden, bedarf keiner weitern Bestätigung. So ist auch sicherlich die Tätigkeit der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder nicht fehlerfrei gewesen. Manches hätte vermieden und manches besser gemacht werden können. Auf diese Fehler und Veräumnisse hinzuweisen, ist die Pflicht eines jeden Genossen und der Partei selber. In ausbrechendem Maß ist davon Gebrauch gemacht worden.

Zum Laufe der Zeit hat sich aber innerhalb der Partei eine Praxis herausgebildet, die von der der Unabhängigen nicht weit entfernt ist. Sicherlich ist es nicht unsre Aufgabe, alles zu beschönigen, was vom grünen Tisch aus getan wird. Aber unsre Pflicht ist es, ehe wir ein Urteil fällen, alle die Triebkräfte zu berücksichtigen, die am Werke sind. Nicht nörgeln, um zu nörgeln, sondern berechtigte Kritik üben und bessere Wege weisen, das ist unsre Aufgabe. Nur wenn wir die erfüllen, unterstützen wir wirkungsvoll die Tätigkeit unsrer Genossen in der Regierung, und das können wir wiederum nur dann, wenn nicht fortgesetzt ganze Teile der Partei Seitenprünge machen, sondern in strenger Disziplin mitmarschieren auf dem Wege zur sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Hungergewinne.

Zu dem von uns in der Sonntags-Nummer unter obigem Titel gebrachten Leitartikel, dessen Verfasser Genosse R. Wiffell ist, äußert sich der Reichswirtschaftsminister Genosse R. Schmidt im „Vorwärts“. Er verweist zunächst darauf, daß die vorbereiteten Kontrollstellen für den Außenhandel berechtigt sein werden,

einen Teil des Wäutegewinns, den die Unternehmer bei der Ausfuhr machen, zu erheben, und fährt dann fort:

Es handelt sich folglich bei der Meinungsverschiedenheit mit Wiffell lediglich um eine Frage der praktischen Durchführung und der Form. Hier wird freilich zunächst der Forderung Wiffells, daß der ganze Exportgewinn dem Reiche zufließen soll, schmerzlich zugestimmt werden können. Ein gewisser Anreiz für den Verkäufer, seine Auslandskundschaft wieder zu suchen, muß offenbar gegeben werden, und weiter muß eine gewisse Sparne dem Verkäufer doch auch dafür gelassen werden, daß er das heute recht bedeutende Risiko der Wäutefschwankung trägt. Eine Preispolitik, die dahin gehen würde, die Neigung zur Ausfuhr entscheidender Gegenstände auch noch zu unterbinden, wäre unverantwortlich, weil wir auf den Export in nächster Zeit mehr denn je zur Beschaffung unsrer ausländischen Lebensmittel und Rohstoffe angewiesen sind.

Wie hoch bei den einzelnen Industrien die Abgabe bemessen werden soll, wird folglich von Fall zu Fall zu bestimmen sein, und es wird dabei auch sehr darauf ankommen, in welchem Grade ausländische Rohstoffe in der exportierten Ware enthalten sind. Den zunächst gedachten Verwendungszweck bei der Unterhändlerfreie des Reichswirtschaftsministeriums in dem von Wiffell erwähnten Interview ziemlich genau in der von der Arbeitergemeinschaft und insbesondere deren Arbeitermitgliedern vorgezeichneten Form angeben.

Ebenso wird man mit den Bestimmungszwecken der erhobenen Beträge nicht einseitlich zu verfahren brauchen. Es erscheint fraglich, ob es wirklich zweckmäßig ist, wie Wiffell es vorgeht, hat der Industrie die ausländischen Rohstoffe zu verbilligen. Das würde darauf hinauslaufen, daß die Industrie am billigen Rohstoffmarkt kein Interesse mehr hätte, und daß deshalb an den Rohstoffmärkten leicht eine bedenkliche Preissteigerung stattfinden könnte. Außerdem fehlt es jedenfalls im Augenblick den meisten Industrien gar nicht mehr an Rohstoffen, sondern an Kohle, und es wird sehr zu erwägen sein, ob nicht aus den Auslandsgewinnen innerhalb der Außenhandelsstellen Fonds angesammelt werden, um neue inländische Produktionsmittel zu erschließen, die dann aber nicht im Besitz des einzelnen zu bleiben hätten. In dieser Richtung fordere ich schon jetzt die in den Außenhandelsstellen demnächst tätig werdenden Vertreter der Arbeiter und der Verbraucher auf, auch ihren Einfluß bei der Nachprüfung der in einer Industrie möglichen Abgabe dahin geltend zu machen, daß das allgemeine Interesse und insbesondere dasjenige der volkswirtschaftlichen Produktivität gewahrt wird.

Als nicht sehr glücklich will mir Wiffells Polemik gegen Ausfuhrzölle erscheinen. Solche waren ursprünglich beabsichtigt, um bei denjenigen Warengruppen und in denjenigen Gebieten, wo zurzeit die Einrichtung geeigneter Selbstverwaltungskörper unmöglich ist, doch wenigstens ein Grenzübergang einen Teil des Wäutegewinns in den Besitz des Reiches zu bringen. Sicherlich ist genaue Preisprüfung und Erhebung einer entsprechenden Abgabe besser; wo es aber nicht geht, wäre der Zoll nicht auszuschließen, und er würde einen kräftigen Druck ausüben, damit solche Selbstverwaltungskörper schnell zustande kommen. Es ist Wiffell selbst nicht unbekannt, wie langsam und mühselig ohne solchen Druck Selbstverwaltungskörper zustande kommen, und für die Zwischenzeit hätte von solchen Zöllen die Allgemeinheit den Nutzen. Wenn Wiffell glaubt, daß diese Zölle bei den Ländern mit schlechter Wäute niedriger sein müssen, als bei denjenigen mit guter, so irrt er. Weder die Preise noch die Zölle nach den verschiedenen Ländern können und sollen verschieden sein. Verkaufen wir nach Polen, einem Lande mit schlechter Wäute, billiger als nach England, einem Lande mit guter Wäute, dann geht die Ware alsbald über Danzig nach London. Damit würde man also nur den internationalen Wettbewerbsverhältnis stärken, und deshalb hoffe ich bestimmt, daß die Außenhandelsstellen die Preise im allgemeinen gleichmäßig festsetzen werden. Das scheint mir durchaus kein durchschlagender Grund gegen die Erhebung einer Abgabe bei denjenigen Waren, für die noch keine Außenhandelsstellen bestehen, als Ubergangsmäßnahme zu sein.

Der Steuerring.

Die Eintreibung der Steuerzahler durch die neuen Reichsteuern schreitet munter fort. Zuerst schöpft die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs das Fett der Kriegsgewinner gründlich ab, dann kommt das Reichsnotopfer dazu, und vom Rest ist die Reichseinkommensteuer zu zahlen. Zu dieser tritt dann die Erbschaftsteuer und die Gesellschaftsteuer, welche letztere den übermäßigen Verbrauch mit außerordentlich hohen Abgaben belegt.

Bisher ist auf die Revolution eine tolle Verwilderung erfolgt. Bei der Unsicherheit des Kapitalbesitzes und den drohenden hohen Steuern hielten es die meisten Besitzenden für geraten, noch rasch so viel wie möglich auszugeben. In den unabhängigen Volksbeauftragten der Einzelstaaten ist es seinerzeit gescheitert, dem durch rechtzeitige Vermögenskonfiskation vorzubeugen. Man mußte daher warten, bis die Nationalversammlung auf ordnungsmäßigem Wege eins der Besitzsteuergesetze nach dem andern beschloß.

Nun aber beginnt sich der Ring zu schließen. Die Riesenvermögen, die im Krieg entstanden sind, fallen zu einem erheblichen Teil an das Reich. Auch das alte, schon früher vorhandene Vermögen wird erheblich vermindert. Vom neuverdienenden Einkommen werden hohe Abgaben für die Allgemeinheit eingezogen. Wer etwas zur Kapitalbildung erübrigt, hat eine erhebliche Kapitalsteuer zu leisten; wer aber sein ganzes Geld verschwenderisch ausgibt, hat einen noch höheren Beitrag zu den Reichslasten beizusteuern. Die Einkommen- und Vermögensbesteuerung wird einheitlich und lückenlos in die Hand des Reiches gelegt; Einzelstaaten und Gemeinden werden in Zukunft nur Kostgänger des Reiches sein.

Damit ist der Anfang zur volkswirtschaftlichen und finanziellen Gesundung gemacht. Die Ubergangszeit mag schwierig werden, und in nicht wenigen Unternehmen wird es an Kapital fehlen, zumal da die Menge des zur Lohnzahlung und zu Neuanstellungen notwendigen Geldes durch die Teuerung und die Entwertung der Mark außerordentlich gestiegen ist. Aber gerade diese Geldknappheit wird den moralischen Ge-

fundungsprozess des deutschen Volkes gewaltig fördern. Das aufreizende Schauspiel, daß auf der einen Seite Geld mit vollen Händen ausgestreut wird, während auf der andern Seite hitlere Not herrscht, wird aufhören. Massenerhebung zu sein. Es wird dem ganzen Volke zum Bewußtsein kommen, daß wir ein Proletariat geworden sind, in dem es keine Leute nach den Begriffen des Auslandes kaum noch geben wird. Damit werden auch die sozialen Kämpfe entzündet, damit wird das angebahnte werden, was dem deutschen Volk am meisten not tut, wenn es die bevorstehenden schweren Jahre überwinden soll: ein einheitliches nationales Bewußtsein, ein gemeinsames Tragen der schweren Lasten, die Krieg und Niederlage uns auferlegten. —

Die letzten Verhandlungen.

Der Oberste Rat der Alliierten hörte Dutaits, der über seine Unterredung mit Freiberger v. Versner Bericht erstattete, worin General Peroni, der über die Verhandlungen zwischen den alliierten Vertretern und der von Simson präsidierten Delegation berichtete. Der Rat einigte sich über alle Maßnahmen, die bezüglich des Inkrafttretens des Friedensvertrags vor dem 6. Januar, dem Tage, der für den Austausch der Ratifikationen in Aussicht genommen ist, getroffen werden müssen. Der Rat beschloß ferner, daß der Schutz der Angehörigen der Gebiete, in denen Volksabstimmungen vorgenommen werden sollen, im Auslande derjenigen Macht zufällt, deren Vertreter die Abstimmungskommission des betreffenden Gebietes präsidiert. Der Rat entschied, daß der Unterhalt der Besatzungsstruppen in den Abstimmungsgebieten jeder an der Besatzung teilnehmenden Macht obliegt; die Militärstatuten der Kosten soll durch die Macht erfolgen, der das Abstimmungsgebiet zugesprochen wird. Sofort nach Inkrafttreten des Friedensvertrags soll die deutsche Regierung die 102 000 Tonnen Schwimmbüchse abliefern. Der Rest des Materials ist innerhalb einer Frist von 30 Monaten abzuliefern.

Nach Meldungen der Pariser Blätter dürften die Verhandlungen nicht vor dem 10. Januar beendet sein. Der Oberste Rat der Alliierten genehmigte weiter die Antwort an die Schweizer Regierung auf das Memorandum, das die Schweiz betreffend ihre Aufnahme in den Bölkerbund der Konferenz zugehen ließ. —

Klucks Bündnispläne.

Der Berliner Berichterstatter des „Echo de Paris“, Charles Bonneson, derselbe, der vor einigen Tagen in einer Berliner Korrespondenz dieses Blattes das deutsche Volk wütend beschimpfte, wurde vom Generaloberst v. Kluck empfangen, der ihm u. a. folgendes erklärte: „Was absolut notwendig ist, ist ein Bündnis zwischen Frankreich, England und Deutschland, um den Bolschewismus zu bekämpfen.“ Der Berichterstatter bemerkte, daß dies gegenwärtig undenkbar sei. Kluck erwiderte: „Später wird es zu spät sein. Wir würden Ihnen alle erwünschten Garantien geben und einen regelrechten Vertrag unterzeichnen.“ Da fragte Bonneson: „Würden Sie ohne Hintergedanken auf das Elsaß, auf Lothringen, auf das Saargebiet verzichten?“ Kluck antwortete: „Auf das Saargebiet, nein, auf Elsaß-Lothringen ja, da es sich um eine endgültige Verschönerung handeln würde.“ Des weitern erging sich Kluck in maßlosen Lobspriechen über Marshall Joffre, seinen Gegner in der Marneeschlacht. Da letzterer seit einem Jahr und besonders in den letzten Wochen Gegenstand heftiger Angriffe in der französischen Presse gewesen ist, die ihm Unfähigkeit und Kleinlichkeit nachsagt, so ist es nicht zu verwundern, daß Joffre sich nunmehr für diese Komplimente revanchiert hat, indem er inzwischen Welschschweizer Journalisten gegenüber Kluck als den größten deutschen Strategen gepriesen hat. Zum Schluß äußerte sich Kluck sehr lobend über Joch, noch lobender aber über Castellana.

Trotz aller dieser Schmeicheleien hat Kluck — von Joffre abgesehen — wenig Gelegenheiten für seine Projekte und für seine Ansichten in der französischen Presse gefunden. Die rechtsstehenden Blätter wollen natürlich von einem Bündnis mit Deutschland nichts wissen, und die sozialistische Presse erblickt darin ein neues Zeichen des internationalen Einverständnisses der Militaristen aller Länder und ihrer Klassenloyalität. Und wir erst recht, wir bedanken uns für irgendwelche Bündnispolitik. Die Herren Generale täten gut, zu bleiben wo sie sind: in der Versenkung. —

Die türkischen Wahlen.

Erst jetzt erfährt man über Paris einige Einzelheiten über das Ergebnis der am 18. Dezember in der Türkei stattgefundenen allgemeinen Parlamentswahlen. Die Wahlbeteiligung war so schwach, daß man in Konstantinopel fast 82 Prozent Wahlenthaltungen feststellte. Die Tendenz der Wahlen ist, wie die französische Presse mit unverhülltem Bedauern feststellt, ausgesprochen zugunsten der unionistischen und nationalistischen Kandidaten. So ist Mustapha Kemal Pascha, der Vorsitzende der Nationalen Organisation, in Erzerum gewählt worden. Während unmittelbar nach dem Zusammenbruch und dem Waffenstillstand die öffentliche Meinung fast allgemein zugunsten der Militärten war, ist in den letzten Monaten der Einfluß dieser ententefreundlichen Partei immer mehr zurückgegangen, während die Jungtürken und die Nationalisten ihr Haupt wieder erheben. „Figaro“ fordert daher die Entente-Regierungen auf, endlich den Frieden mit der Türkei zu machen, sonst werde sich dieser antialliierte Stimmungsumschwung noch fühlbarer machen. —

Die Verelendung der Presse.

Die „Germania“ schildert in längeren Ausführungen die ungeheure Steigerung der Aufkosten der Zeitungsunternehmen. Wenn auch nur die Verteuerung der Papierpreise durch Preiserhöhungen eingebracht werden soll, müßte der Verkaufspreis einer mittleren Zeitung, der im Frieden vielleicht 14 Mk. betrug, auf etwa 78 Mk. erhöht werden. Bei den großen Zeitungen müßte die Heraufsetzung des Preises noch viel bedeutender sein. Damit wäre die Zeitung zum Luxusartikel für die Bescheidenden geworden.

Die „Germania“ verweist weiter auf die Gefahr, daß die Zeitungen gezwungen werden, ihren Nachrichtendienst einzuschränken und teilt mit, daß die ausländischen Telegraphenbüros aus Savas und Neuter in Berlin eigene Agenturen errichten, ferner plane die französische Regierung einen besonderen Informations- und Nachrichtendienst. Die drohende Verelendung der Presse sei nicht eine Standes- oder Berufsangelegenheit, sondern berühre das gesamte deutsche Volk. —

Wilhelm, der Senker.

In einem Briefe Wilhelms des Chematigen an seinen „lieben Niki“ (Bar Nikolaus) vom 7. 2. 1919, den die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht, findet sich auch folgender schöne Satz:

Mein Reichstag führt sich so schlecht wie nur möglich auf; er schwimmt vorwärts und rückwärts zwischen den Sozialisten, die von den Juden ausgetrieben werden, und den ultramontanen Katholiken; beide Parteien sind, soweit ich sehen kann, bald reif, samt und sonders abenicht zu werden.

Wilhelms Verwerfung zeigt sich daraus, daß der Reichstag sich damals weigerte, die Zuchtensvorsorge, Wilhelms höchstpersönliches Geistesprodukt, anzunehmen. Er beharrte sich also in der Lage der Karlsruher, die niemand hängen, sie hätten ihn dann zumor. Für seine würdige Person ist aber auch dieser Vorstoß höchst bezeichnend. —

Wie soll man's machen?

„Scheidemann muß klagen! Warum klagt Scheidemann nicht?“ — So haben die alldeutschen Blätter während des ganzen Sklerz-Kommunals unermüdlich gefächelt. Recht hat Scheidemann gegen den „Hauptmörder“ Sonnenfeld sen. Klage angehängt wegen der Behauptung, daß er — Scheidemann — 50 000 Mark Belohnung für die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs ausgesetzt habe, — und nun paßt es den alldeutschen Blättern erst recht nicht. Zu dem bausen Vorwurf, daß die Sache mit einem mäßigen Verfall des Großschwägers Sonnenfeld enden wird, beruft die „Deutsche Tageszeitung“ sich zu erklären, wegen dieser Sache habe Scheidemann nicht zu klagen brauchen, denn darum hätte sojose kein Mensch geklagt.

Ach, wirklich? Als Sonnenfeld sen. mit der Behauptung heraustrat, Scheidemann hätte 50 000 Mark für den Mord versprochen, da wurde sie von der ganzen alldeutschen Presse sehr ernsthaft registriert. Mein einziges alldeutsches — natürlich existiert kein unabhängiges oder kommunistisches Blatt — hat damals erklärt, daß diese Behauptung Sonnenfelds auf 10 Meter gegen den Wind nach Schwindel räche. Im Gegenteil! Für alle war es eine große Sensation, niemand wollte sich den fetten Wissen entgehen lassen. Wenn jetzt die „Deutsche Tageszeitung“ zweimal in einer Notiz erklärt, daß doch niemand ernsthaft die Sache gepöbel habe, so kennzeichnet sie damit treffend die Agitationsmethode ihrer eigenen alldeutschen Parteipresse, die struppellose Verdächtigungen des Gegners weiterverbreitet, auch wenn sie selbst überzeugt ist, daß es sich um gemeine Lügen handelt. —

Unabhängige Instimmigkeiten.

Ueber die von uns gemeldete Niederlage der Unabhängigen bei der Bürgermeistereiwahl in Gotha, bei der der sozialdemokratische Kandidat mit 1168 Stimmen gegen 593, die auf den Unabhängigen entfielen, gewählt wurde, findet in der unabhängigen Presse eine lebhafteste Diskussion statt. Das unabhängige Gothaer Blatt hatte dazu u. a. geschrieben:

„Nun werden die Gegner große Siegesgymnastik anstimmern und ziemlich viel buntes Zeug über die U. S. B. zusammenfassen. Dieses Vergnügen ist ihnen herzlich gegönnt. Wir Beketter wissen ja nur zu bestimmt, daß die Wahlkämpfe in kommenden Zeiten zwischen Bürokratum und Arbeiterschaft nicht mit Stimmgeldern in der Hand geführt werden, sondern dabei wird die Arbeiterschaft zu anderen Wajfen greifen und diese zu führen wissen.“

Dazu bemerkt die „Freiheit“, das Blatt der Berliner Unabhängigen: „Was sind das für andre Waffen, die die Arbeiterschaft bei den Wahlkämpfen in kommenden Zeiten ergreifen wird? Was soll diese Drohung? Es scheint, daß es in Gotha nötig wird, einmal nachzusehen, ob dort noch Sozialdemokraten im Namen der Partei die Zeitung leiten und die Parteigeschäfte besorgen.“

Den Führern der Unabhängigen beginnt jetzt vor den Weibern zu bangen, die sie riechen, aber nicht mehr loswerden können. —

Notizen.

Der Zusammenbruch der Kohlenversorgung. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amlich: Wegen Kohlenmangels wird der Personengüterverkehr in ganz Bayern am 1. 4. 6. und 11. Januar eingestellt. Der Nahverkehr bleibt bestehen, der Schnellzugverkehr wird durchgeführt. — In Düsseldorf ruht der Straßenbahnbetrieb vom 1. bis 4. Januar völlig, um eine wenigstens sechsstündige Versorgung der Industrie mit elektrischem Strom zu ermöglichen. —

Eine Neujahrskundgebung des Reichspräsidenten. Der Reichspräsident hat folgende Kundgebung zum Neujahrstag veröffentlicht: „Im vergangenen Jahre wurde zwar das Chaos abgewehrt und die Einheit des Reiches erhalten und gestiftet. In dessen mühe unter dem Drucke des rücksichtslosen Zwanges ein Frieden geschlossen worden, der die Ehre unseres Volkes, seinen Wohlstand und die Kräfte vergangener und künftiger Arbeit fremder Völker zu überantworten droht. Das heute beginnende Jahr muß entscheiden, ob die Deutschen trotz allem als Nation, Staat und Wirtschaft sich zu behaupten hoffen können oder durch inneren Zerfall, dem sich früherer daß zugefügt, in endgültigem Zusammenbruch auch die Hoffnungen ihrer Kinder bezagen müssen. Diese Schicksalsfrage vor Augen, bitte ich heute alle, die sich Deutsche nennen, in der gemeinsamen Not die Reihen zu schließen, und ein jeder an seiner Arbeitstelle für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes das Neueste zu tun.“

Wechsel in der Leitung des Bergarbeiterverbandes. Aus dem Bergarbeiterverband scheidet der langjährige Vorstandsmittglied Hermann Sasse und Karl Stühmeier aus. Sasse ist auf Vorschlag des Verbandes als geschäftsführendes Vorstandsmittglied in das Kollidialat berufen, während Stühmeier von der Regierung zum Landrat in Borsum ernannt wurde. Der Gesamtverband des Bergarbeiterverbandes hat bestimmt, daß der bisherige 2. Vorsitzende Friedrich Hujemann die Leitung des Verbandes übernimmt. —

Der Belagerungszustand über Hamburg aufgehoben. Die Reichsregierung hat auf Anzeigung der Mehrheitssozialisten die Aufhebung des Belagerungszustandes für Groß-Hamburg und für das Freihafengebiet verfügt. —

Drohender Eisenbahnerstreik. Die Vertrauensmänner des Deutschen Eisenbahner-Verbandes von Frankfurt am Main haben dem Berliner Zentralvorstand des D. E. V. ihr Mißtrauen ausgesprochen, da er eine widersprüchliche und unentschiedene Haltung bei den Tarifverhandlungen mit der Regierung gezeigt habe. Die Vertrauensmänner erklärten sich namens des Frankfurter Eisenbahner-Verbandes nicht mit der vorläufigen Regelung der Tariffrage ab 1. Januar 1920 einverstanden und gab in einer Entschließung bekannt, daß sie bis zur Beseitigung der für den Eisenbahnbetrieb gültigen Bestimmungen nicht arbeiten könnten. Die Eisenbahner seien, falls die Regierung auf ihrem wenig entgegenkommenden Standpunkt beharre, entschlossen, auch von dem äußersten Mittel, dem Streik, Gebrauch zu machen. —

Scheidemann wehrt sich. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat Scheidemann bei der Berliner Staatsanwaltschaft beantragt, gegen ihn ein Verfahren einzuleiten, um die von Sommerfeld Vater verbreitete Falschmeldung, er habe eine Belohnung auf die Tötung Liebknechts und Rosa Luxemburgs ausgesetzt, zu widerlegen. Wie der Staatsanwalt Herrn Scheidemann mitgeteilt habe, sei ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. —

Der neue Gesetzentwurf über die Annexion. In dem neuen Gesetzentwurf über die Erweiterung der Annexion ist zum Ausdruck gekommen, daß alle vor dem 12. Dezember 1918 wegen Fahnenflucht wegen unrlaubter Entzerrung oder wegen Ungehorsams gegen einen Befehlungsbevollmächtigten erkannten Strafen als annulliert, ebenso alle deswegen noch anhängigen Untersuchungen als niedergelassen zu gelten haben. Und zwar haben diese Bestimmungen Geltung, ohne daß wie früher die Verurteilung von einer Meldung des Fahnenflüchtigen innerhalb einer bestimmten Frist abhängig gemacht wird. Dergleichen beziehen sich die Bestimmungen des Gesetzentwurfs ganz naturgemäß auch auf die im Auslande befindlichen bzw. in Gefangenenschaft festgehaltenen sachverständigen Deutschen. —

Ausbau der Grenzüberwachung. Immer zahlreicher werden die Klagen, daß größere oder geringere Getreidemengen über die Grenze verschoben werden, um teils im Auslande zu höheren Preisen Absatz zu finden, teils als „Auslandsgetreide“ zu Bucherpreisen nach Deutschland zurückzuführen. Die Reichsgetreidebestelle hat sich daher veranlaßt gesehen, Maßnahmen zu treffen, um dieser verbrecherischen Ausfuhr wirksamer als bisher entgegenzutreten. Zunächst soll im Westen an der alten Zollgrenze des besetzten Gebietes die Zahl der in den Konsumabverbänden schon jetzt tätigen Heberwachungsbeamten um etwa 500 Beamte verstärkt werden. Eine entsprechende Heberwachung der Küstenpläne und der ostpreussischen, der polnischen, tschechoslowakischen und österreichischen Grenze ist gleichfalls geplant. Die Beamten sollen neben auskömmlicher Besoldung durch hohe Prämien an ihrer Tätigkeit interessiert werden. So hofft man zu verhindern, daß sie auf Bestechungsversuche seitens des Schleichhandels eingehen. Die erforderlichen Mittel sind beim Reichswirtschaftsministerium beantragt. Eine Anzahl von Neueinstellungen derartiger Beamter ist bei der Reichsgetreidebestelle bereits erfolgt. —

Statthalter Fürst Wedel 7. Wie „Berlingske Tidende“ aus Stockholm meldet, ist der frühere deutsche Statthalter in Elsaß-Lothringen, Fürst Karl Wedel, am 30. Dezember v. J. in Stockholm im Alter von 77 Jahren gestorben. Fürst Wedel wurde 1842 in Döbenburg geboren, begann seine Laufbahn im Jahre 1860 als Leutnant im ehemaligen 1. hannoverschen Kronprinzen-Regiment. Nach dem Kriege von 1866 trat er in ein preussisches Kavallerieregiment über und war nachher als Major zu verschiedenen Truppteilen kommandiert. Von 1878 bis 1887 war er Militärattaché in Wien. Als General der Kavallerie war er von 1897 bis 1900 Gouverneur von Berlin. 1899 wurde er deutscher Vostschaffter in Rom, 1902 Vostschaffter in Wien. Am 1. November 1907 wurde er zum Statthalter in Elsaß-Lothringen ernannt, einen Posten, den er bis kurz nach dem Anteil im Jaberprozess besetzte hat. Seine Statthaltertschaft in Elsaß-Lothringen fiel in eine Zeit, in der man in Berlin durch eine entgegenkommende Politik und durch Vorbereitung der Elsaß-Lothringischen Verfassung hoffte, die Herzen der Bewohner der Reichslande dauernd für Deutschland zu gewinnen. In der Kriegspolitik teilte er die Anschauungen Bethmann-Hollwegs. Um einer einseitigen Erörterung der Kriegsziele entgegenzuwirken, begründete Fürst Wedel seinen Friedensauschuss, der alsbald eine alldeutsche Gegenorganisation auf den Plan rief, so daß der Streit, der geschlichtet werden sollte, mit verdoppelter Schärfe entbrannte. Nach der Revolution zog sich Fürst Wedel in die schwedische Heimat seiner Gattin, einer Gräfin Hamilton, zurück. —

Für die einige Internationale. Das Zentralkomitee der Schweizer Sozialdemokratischen Partei ergreift die Initiative zur Wiederaufrichtung der Internationale. Sie beabsichtigt einen Sozialistensongress aller Parteizweigungen einzuberufen. Geschäftsleitung und Parteiaussschuß werden im Januar darüber einen bestimmten Beschluß fassen. —

Land zurückgetreten. Der Elberfelder Stadtverordnete Justizrat Genoffe Land 6, der zum Regierungspräsidenten von Düsseldorf ernannt worden war, dessen Bestätigung aber von den Belgiern vor einigen Tagen abgelehnt wurde, ist jetzt zurückgetreten. —

Einheitskurzschrift. Zur Vorbereitung der Schaffung einer Einheitskurzschrift ist von den Vertretern der beteiligten Regierungen ein Oberausschuß eingesetzt worden. Zur Aufnahme seiner Arbeiten wurde dieser Ausschuss vom Reichsministerium des Innern nunmehr auf den 13. Januar einberufen. —

Kollisions in Not. „Daily Telegraph“ meldet aus Paris: Ueber die Lage in Sibirien laufen weiter sehr beunruhigende Nachrichten ein. Es ist nicht nur von dem Rückzug eines Teiles des Heeres von Admiral Koltschak, sondern auch von Aufständen gegen die Regierung die Rede. Innerhalb der Regierung selbst sind große Schwierigkeiten entstanden. Eine Einigung über das Programm ist noch immer nicht erzielt. Es wird berichtet, daß am 25. Dezember das Stadtviertel an der einen Bahnstation von Krasnojarsk, der Sitz der Regierung, ohne Widerstand in die Hände der sozialrevolutionären Partei übergegangen ist, während deren erste Forderung der sofortige Friedensschluß mit Sowjet-Rußland sei.

Zwang über Washington. Die französische Abordnung zur internationalen Konferenz für Arbeiterrecht in Washington ist gestern in Le Havre angekommen. Generalsekretär Jouhaux äußerte, das erwartete Ergebnis sei noch nicht erreicht. Den Delegierten sei das Recht internationaler Gesetzgebung noch nicht gewährt worden. Ihre Arbeit sei also nur akademisch gewesen. Trotzdem bedeuteten die zum Teil unvollständigen Beschlüsse einen starken Schritt zu internationaler Regelung und zur Beseitigung imperialistischer Gegensätze. Für beachtenswert hält Jouhaux das neue Recht der Völker, gegen Nationen zu handeln, die sich gegen internationale Abmachungen vergehen würden. Das Kontrollrecht sei der Konferenz zuerkannt worden, und die Maßnahmen festzulegen, die das internationale Tribunal treffen können, das müsse die nächste Aufgabe der beteiligten Organisationen sein. —

Lehrung auch in Frankreich. Der französische Ackerbauminister Rouleux erklärte vor der Kreditkommission der Kammer, daß der Brotpreis vom 1. Februar an in Paris von 55 auf 90 und in den Departements von 60 auf 95 Centimes erhöht werde. Die Handelsfreiheit für Inlandsgetreide werde wiederhergestellt, während sich der Staat das Einkaufs-, Einfuhr- und Verteilungsmonopol für Auslandsgetreide vorbehalte. —

Wie bei uns. Die französische Kammer hat gestern die Eisenbahn-Tarifserhöhung mit 451 gegen 114 Stimmen angenommen. Das ist bereits die zweite Tarifserhöhung — und wird wahrscheinlich nicht die letzte sein. —

Wettbewerb mit Dampftrieb. Der Niederländer „Telegraaf“ meldet aus London: Das englische Ueberseehandelsamt plant, in der ganzen Welt fahrende Luftschiffungen zu veranstalten und in 25 Großstädten des Kontinents Musterläufe zu veranstalten. Der Wunsch, den ganzen Weltmarkt in die Hand zu bekommen, ist deutlich erkennbar. Aber nicht alle Wünsche Englands pflegen in Erfüllung zu gehen. Durch die Zuspätkommen der englischen Textilindustrie ging z. B. dieser Tage ein sehr wichtiger Klageruf nach den höchsten Farben, die englische Farbindustrie konnte bei weitem den „strahlenden Glanz“ (wörtlich) nicht herstellen, der dem deutschen Fabrikat eigen ist. Ob sie wollen oder nicht, die englischen Großkapitalisten, sie müssen uns lehren, weil der Weltmarkt die deutsche Arbeit nicht entbehren vermag. —

Beamte und Sozialdemokratie.

Die Revolution hatte auch den Beamten die Befreiung von politischer Bedrückung gebracht. Der Aufstieg aus der verhassten Beamten-Hierarchie in die soziale Beamten-Demokratie war ihnen eröffnet. Aus der Erkenntnis heraus, daß die Sicherung und der Ausbau dieser Errungenschaften Sache der Beamten selbst sei, schlossen sie sich in Scharen der Partei an, die jahrzehntlang bereits für ihre Interessen tätig war, um in ihr als vollwertige Kampfgenossen mitzukämpfen. Die Richtlinien für diesen Kampf sind niedergelegt in dem nachfolgenden

Aktionsprogramm.

Zweck und Ziele.

I. Förderung freudiger Mitarbeit der Beamten an dem Ausbau und der Festigung der Einrichtungen der jungen Deutschen Republik.

In der von dem Mehrheitswillen des deutschen Volkes als Frucht der Revolution beschlossenen Reichsverfassung erkennen wir die Grundrechte der Volksgenossen der deutschen Republik an, die wir gegen Feinde von rechts und links mit allen Kräften und Mitteln zu verteidigen wissen werden.

Wir werden einzeln und geschlossen darüber wachen, daß diese Grundrechte, in Sinn und Geist, unüberbrücklich im öffentlichen Leben zur Geltung gelangen.

Der gesunden Fortentwicklung der Grundrechte soll unser volles Augenmerk zugewandt bleiben.

Eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft, deren Lösung die Lebensinteressen der gesamten Beamtenenschaft berührt, wird insbesondere die Reform der Vereinfachung der Verwaltungen sein. Seit Jahren beschäftigen sich die Regierungen damit. Die übermäßige Spendensucht des Deutschen Reiches und die hohen Milliardenanschuldigungen, die das deutsche Volk nach dem Friedensvertrag für die Wiedergutmachungen zu leisten haben wird, drängen zur schnellsten Vereinfachung der Verwaltungen und größten Sparmaßnahme im Haushalt. Diese Aufgaben zu lösen, wird eine Sorge der Regierungen wie auch der politischen Parteien sein. Die Erfahrungen zahlreicher Beamten auf diesem Gebiet werden uns befähigen, Material zusammenzustellen und bestimmte Vorschläge zu unterbreiten.

II. Bekämpfung reaktionärer und radikalistischer Strömungen, die dem demokratischen Geist in den Verwaltungen und der ruhigen Fortführung der Staats- und Verwaltungsgeschäfte schädlich sind.

Wir achten die politische Auffassung eines jeden Andersdenkenden, können jedoch nicht zulassen, daß die Verwaltungen und Behörden die demokratischen Rechte und Forderungen der Beamten mit den alten Machtmitteln bekämpfen und ihnen die Durchföhrung verweigern.

Ein derartiges Verhalten bezeichnen wir als reaktionär; es weist zu radikalen Handlungen der Beamten, die unumschmeibliche Folgen für den Bestand der demokratisch-sozialistischen Republik zeitigen müßten, wenn nicht ihre künftige Unterwerfung durch zeitliche Erfüllung maßvoller Forderungen erreicht werden sollte.

Es wird gefordert:

1. Befestigung des die Persönlichkeit und die freie Handlung untergeordneten Diktatorismus und Servilismus (durch die Vorgesetzten aufgezwungene, der Aufrichtigkeit zuwiderlaufende Unaufrichtigkeit und Friererei) durch die Forderung nach einem vertrauensvollen, gerechten und aufrichtigen demokratischen Verhalten der Vorgesetzten. Vorgesetzten, die ein Verständnis für ein aufrechtes und freies Verhalten ihrer Untergebenen nicht aufzubringen vermögen, empfehlen wir, im Interesse einer ruhigen Fortführung der Staats- und Verwaltungsgeschäfte, ihren Abschied zu nehmen.

2. Den befähigten und bewährten unteren wie mittleren und höheren Beamten ist der Aufstieg zur Erreichung höherer Stellungen in der Verwaltung freizugeben und ihnen eine dementsprechende Möglichkeit zur weiteren Fortbildung zu bieten.

a) Dem Reichstag ist alljährlich zu Beginn der Tagung durch eine Uebersicht nachzuweisen, wie viele und welche Stellen den unteren und mittleren Beamten auf diesem Wege jährlich zugewiesen worden sind.

b) Bei der Verwendung der Beamten in höheren und leitenden Stellungen betrachten wir die Auffassung, daß die natürliche Befähigung, eine geistliche Persönlichkeit, die Berufsbewährung und das Berufswissen als allein entscheidend zu bewerten sind.

c) Die alleinige Verwendung von akademisch vorgebildeten Kräften in allen höheren Beamtenstellen halten wir für un-demokratisch. Sie führt im alten Sinne zur Bildung einer privilegierten, herrschenden Schicht und ließ andre natürliche Talente zum Nachteil des Staates verkümmern.

d) Bei den höheren Beamten sind alle Vorrechte des Adels, Adels und der Herkunft bei der Verwendung im Außen- oder Innendienst des Reiches oder im Dienste der Bundesstaaten und der Gemeinden aufzuheben.

3. Größtes Ausmaß der Arbeitsleistung in allen Schichten des Beamtenstandes und Bekämpfung des Vorrechts der willkürlichen Einhaltung der Amtsdienstzeiten.

4. Mitbestimmung der Beamten in allen das Beamtenrecht, die Beamtenbesoldung und das Beamtenverhältnis betreffenden Fragen, insbesondere auch Verringerung der Zahl der Rang- und Besoldungsklassen.

Zu den radikalistischen Strömungen zählen wir jede politische Bestrebung mit dem Ziele politischer Umwälzungen. Als übergenau Anhänger der demokratisch-republikanischen Staats- und sozialistischen Gesellschaftsform, deren Grundrechte in demokratisch-sozialistischem Geiste durch die Reichsverfassung garantiert sind, haben wir das volle Vertrauen, daß bei tatkräftiger Anwendung und Ausnutzung der politischen Machtmittel den gerechten Forderungen der Beamten die Erfüllung nicht verweigert werden wird.

Der bisherige Mißerfolg der Beamten ist lediglich darauf zurückzuführen, daß sie keinen politischen Einfluß besaßen und ihre Forderungen keine politischen Führer und Anwälte fanden. Die Zentralkasse hat das Veräumte nachzuholen.

III. Stärkung des politischen Einflusses der Beamten im neuen republikanischen Deutschland.

Im alten Obrigkeitsstaat verhielt sich der Beamtenstand politisch indifferent, die Führungsnahme der Beamtenorganisationen mit den politischen Parteien war eine äußerst lose, sie beschränkte sich auf rein wirtschaftliche Fragen, die Beamtenorganisationen waren politisch ohne Einfluß.

Seitdem liegt die Macht und Regierungsgewalt ausschließlich in den Händen von Männern, die das Vertrauen der regierenden politischen Parteien genießen. Daraus ergibt sich mit Notwendigkeit der Eintritt der Beamten in die Politik, die Politisierung der Beamtenenschaft, ihre Anteilnahme und Mitarbeit an den Geschicken des Staates und des Volkes, mit denen die Beamtenenschaft auf das engste verknüpft ist.

Wir Sozialdemokraten werden mitarbeiten an den großen Zielen der staatlichen und wirtschaftlichen Neuordnung und auf diese Weise mit dazu beitragen, daß den Beamten jener politische Einfluß eingeräumt wird, der ihrer Bedeutung im Staatsleben zukommt.

IV. Pflege wahrer demokratischer Gesinnung und sozialistischer Willensmeinung unter den Beamten.

Wir sind eins mit dem republikanisch-demokratisch-sozialistisch deutschen Volk und haben daher auch die Pflicht, unser Verhalten und unsere Handlungen in dieser Gesinnung zu bekunden, unter uns und im Verkehr mit den Volksgenossen.

Wir schätzen jeden Volksgenossen als gleichberechtigten Staatsbürger, dessen Rechte und Würde wir zu achten haben. Gütlich wollen wir unsers Amtes walten gegenüber jedem Volksgenossen, der in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte oder Pflichten zu uns tritt.

V. Hochhaltung des Grundgesetzes:

„Dienet dem Ganzen aus staatsbürgerlicher Pflicht durch hingebende, ernste Arbeit in Beruf und Politik.“

Das neue Deutschland ist ein Deutschland der Arbeit. Jede Arbeit ehrt den Menschen.

Wir werden mit aller Schärfe dahin wirken, daß das Privileg einzelner: beschränkte Arbeit und Pflicht, das von Antütichtigen und Unzuverlässigen in weitestem Maß ausgenutzt wird, aus dem Beamtenkörper völlig entfernt wird, um auch dadurch eine Schädigung des Ansehens des Standes zu vermeiden und dem Volke das beste Beispiel zu geben.

Ernte hingebende und gewissenhafte Berufswahl der Beamten mehr unendlich die Werte des Staates, dessen Geschäfte vom Volk in unsere Hände gelegt sind.

Die Verwertung der Erfahrungen der Berufswahl im Dienste der Politik wird die Verwaltungen und Behörden vor Einseitigkeit und Stagnation bewahren, aber auch den Politikern Aufschluß und Klarheit über Unzulänglichkeiten und auf dem Gesetzgebungswege Erreichbares geben.

Die alte Begriffsbestimmung der Amtsbefreiung wird in diesem Sinne einer Nachprüfung

unterzogen werden müssen. Sonstige die Geheimdiplomatie des äußeren Reichsdienstes des alten Regimes dem deutschen Volke Segen gebracht, können vermochte die Geheimdiplomatie im innern Dienste das Vertrauen der Bevölkerung zur Gerechtigkeit und Aufrichtigkeit in die Maßnahmen der Regierung zu stärken.

VI. Erörterung sämtlicher politischer und wirtschaftlicher Beamtenfragen, die ihrer Lösung durch parlamentarischen Einfluß zugänglicher werden sollen.

Die Beamtenvereinigungen bedürfen zur Vorklärung und Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Forderungen des Einflusses der politischen Parteien. Ein vertrauensvolles Verhältnis zu den Beamtenvereinigungen betrachten wir daher als selbstverständliche Voraussetzung der beiderseitigen Bestrebungen.

Die Erörterung der politischen Angelegenheiten wird sich naturgemäß nicht nur auf reine Beamtenfragen erstrecken, sie wird vielmehr den ganzen Fragenkomplex der äußeren und inneren Politik umfassen. Hier werden wir uns mit den Politikern der Partei zusammensuchen und in gegenseitiger Aussprache das politische Verständnis und Urteil schärfen.

Die Sozialdemokratische Partei war in der Vergangenheit die Partei der Handarbeiter, zu der nach der Revolution unzählige Scharen geistiger Arbeiter getreten sind. Die wirtschaftlichen, nationalen und internationalen Interessen der Hand- und Kopfarbeiter sind die gleichen. Unsere rastlose Mitarbeit an der Erreichung gleicher Ziele wird zur Verwirklichung des Wesens und zur Stärkung der Bewegung der Partei beitragen, der die führende Rolle bei der Neugestaltung der deutschen Zukunft zugefallen ist.

Wir werden darüber wachen, daß die politische und staatsbürgerliche Freiheit der Beamten von keiner Seite angetastet wird.

Die Revolution hat uns die Freiheit der republikanischen Staatsbürger und damit das Recht uneingeschränkter politischer Betätigung gebracht. Wir werden künftig sein, was wir aus uns machen.

Der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gehören wir an und in ihr wollen wir wirken, weil die Partei diejenigen demokratischen und sozialen Forderungen vertritt, die unsere Auffassungen von Staatsbürgertum, Menschenwürde und Menschenrecht entsprechen, und die wir als den allein richtigen Ausdruck der treibenden Kräfte für die Gestaltung einer besseren Zukunft des deutschen Volkes innerhalb des Westbündnisses erkennen.

Zur einheitlichen und kraftvollen Durchführung dieser Organisations- und Aufklärungsarbeit hat der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie gemeinsam mit den in der Partei tätigen Beamten die „Zentralkasse für Beamtenagitatorien“ geschaffen. In den noch abzulebenden Beamten liegt es nun, in Erkenntnis ihrer Lage zu handeln. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 2. Januar 1920.

Die Wahlen zu den Elternbeiräten.

Die Wahlen zu den Elternbeiräten an den Volksschulen waren ursprünglich auf den 25. Januar festgelegt worden. Dieser Termin konnte aber nicht in Einklang gebracht werden mit dem Erlaß des Kultusministers über Elternbeiräte und der Wahlordnung für Elternbeiräte. In dieser heißt es:

3. Der Schulleiter stellt die Liste der Wahlberechtigten auf und legt sie spätestens vier Wochen vor der Wahl zwei Wochen lang zur öffentlichen Einsicht aus.

4. Ferner beruft der Schulleiter spätestens vier Wochen vor der Wahl eine Elternversammlung ein. Die Einberufung kann durch Vermittlung der Schulleiter oder durch öffentliche Aufforderung erfolgen. In der Elternversammlung hat der Schulleiter die Satzungen des Elternbeirats und die Anzahl der zu wählenden Mitglieder bekanntzugeben, auch die Wichtigkeit der Wahl hervorzuheben, auf das Ausliegen der Wählerlisten und die Zulässigkeit der Einspruchsfrist hinzuweisen, zur Einreichung von Kandidatenlisten aufzufordern und den Termin für eine zweite Elternversammlung festzusetzen. Letztere erfolgt zwei Wochen vor der Wahl.

Wäre der Wahltermin beibehalten worden, dann hätte die Elternversammlung am 25. Dezember stattfinden und die Wählerliste seit

Grete Füllinger.

Roman von Alfred Volz.

(11. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten

Als Grete Sonntag beim Nachmittagskaffee saß, trat Theobald Sonder in die Stube. Sie lud ihn ein, eine Tasse mitzubringen und setzte ihm selbstgebackenen Kuchen vor. Die Bewirtung durfte er für sich günstig deuten.

Der Absatz in seiner Metzgerei, berichtete er, hielt sich auf einer schonen Höhe. Ueber seinen Geschäften fürchte er keine Klage. Dieser Beweis im Laden der Kundenschaft nicht die Aufmerksamkeit, die man von einem gewandten Verkäufer erwartete. Sonder machte es George, wenn er über Land ging, das Geschäft fremden Leuten überlassen zu müssen. Er wiederholte, was er vor wenigen Tagen geäußert hatte, ein Metzger, der auf einem grünen Zweig kommen wollte, brauchte eine tüchtige Frau.

Er hielt einen Augenblick inne, dann brachte er seinen Antrag heraus:

„Als Metzger hab ich immer auf ein blankes Messer gehalten. Bei mir selber hat's mit dem Blanksein manchmal gehapert. Was wahr ist, muß man sagen. Ich war voll Liebermut wie ein Ei voll Douter. In unform Geschäft spielt das Wisch-tuch eine große Rolle. Ich hab alles weggewischt. Und es soll so bleiben. Hinter jeder Schürz' herzukommen, ist nicht mein Gusto gewesen. Eine oder keine. Sie wissen, Grete, wesentlichen ich hergerommen bin. 's ist an Ihnen, daß ich keinen Wegergang tu!“

„Sie sagen, Sie brauchen eine tüchtige Frau,“ erwiderte sie, ihre Worte abmessend, „ich sag: können meine Schulltern auch tragen, was ich in einer Metzgerei zu leisten hab? Ich ved, wie's ist, Theobald. Ich hab meinem Vater die Wirtschaft geführt, bin auch als drunter im Laden gewesen. Ob ich für Ihr Geschäft paß, das ist noch die Frage!“

Er wies ihr die Schwirbeln an seinen Händen.

„Sehen Sie, Grete, das sind meine Ehrenzeichen. Sie schaffen's mit dem Kopfe. Das ist mir viel wert. Wir zwei, wir werden's schon packen!“

„Ich bin gottlob gesund und hummel rich' gern,“ sagte sie, von dem Vertrauen, das er in sie setzte, wohlwendend berührt. „s ist nicht meine Art, daß ich was vertuele. Mein Vater hat

in den letzten Jahren nichts zuzuliegen können, er hat aber sein Vermögen zusammengehalben. Das bring ich meinem Manne zu!“

Er nahm den Kopf zurück.

„Sie dürfen mir's glauben, Grete, dabian hab ich jetzt nicht gedacht!“

„Das weiß ich,“ sagte sie herzlich und gab ihm die Hand.

Damit war das Verlöbniß besiegelt.

Lange saßen sie beisammen und beredeten alles. Dem jungen Meister tat eine Helferin not. Sie beschloßen, bald Hochzeit zu machen, des Trauerjahres wegen ganz im stillen.

Beim Abendbrot verließ Theobald das Spenglerhaus. Zuerst hatte er vor, in der „Krone“ ein Schöpflein zu trinken, dann begann er sich anders, schritt an der Post vorüber und schlug, der sanft ansteigenden Preisstraße folgend, die Richtung nach dem Altenburgskopf ein. Im Wiejengrund rauschte der Bach. Die fernem Höhen waren von weißem Nebel umjornen. Am Himmel flimmerten die ersten Sterne. Theobald achtete nicht der Sommerwärmesprache. Er sah die Augen der Grete auf sich gerichtet, war stolz, das Staatsmädchen gewonnen zu haben. Er dachte an die Zeit zurück, da sie als Kinder zusammen gespielt hatten. Ein Sommerabend vor dem Schlosse. Huben und Mädchen bildeten einen Kreis und hüpften um eine Spießgabel herum. Das war Grete Füllinger. Die sprang auf einen Zungen zu und wählte ihm zum Manne. Der Glückliche war Ludwig Jold. Das Mädchen tanzte, und die andern sangen:

Wenn die Zwei zum Tange gehn,

Müssen wir hier Schildwacht sein.

Zwid, zwad Schöpflein,

Morgen soll die Hochzeit sein!

Der Reid guckte Theobald aus den Augen heraus. Als Schulfuß lief er der Grete nach. Sie war immer wundernett gekleidet und trug das Mässhien ziemlich hoch. Einmal in den Heimgärten hatte sie ihn zur Rede gestellt: Warum gehst Du mir nach? „Ich kann gehen, wo ich will!“ hatte er trotzig geantwortet. „Du siehst so schmutzig aus,“ fertigte sie ihn ab. „Wenn man Dich an die Wand wirft, bleibst Du leben.“ Er merkte sich das, überwand seine Wasserjeden und begann auf seine äußere Erscheinung mehr Wert zu legen. Während seiner Gejellenzzeit beim Meister Küchmann bediente er die Grete zuweilen im Laden. Was sie von Wurst, Speck oder Schmalz verlangte, händigte er ihr mit Liebergewicht ein, womit er ihr seine Neigung bezeugen wollte. Er kam die Welle auf der Schulter, ins Spenglerhaus. Die Grete

tat nicht mehr spitzig, war freundlich wie ein Maßföhrer. Sein Mut wuchs, und er versäumte keine Gelegenheit, sich bei ihr in Günst zu setzen. Jenesmal war er in allerer Händel verwickelt, die er nicht vom Baume gebrochen hatte. Ein paar Fröhsche hatte er gezwängt und mit blutigen Nasen heimgeschickt. In der Stadt wurde er berkehört. Die Menschen sprachen vom Wöhen lieber wie vom Guten. Gewiß, er war ein Kampfmann, ein Haberecht, allein es stand auch manches in seinem Register, das ihm als Gultat angerechnet werden konnte. Es geschah, daß der Turnverein auf dem Altenburgskopf ein Schauturnen veranstaltete. Er zeichnete sich dabei aus und erntete viel Beifall. Die halbe Stadt war heraufgeströmt. Nach der Arbeit erhielt das Vergnügen sein Recht. Es wurde geizigt. Er hat die Grete Füllinger um den ersten Platz. Sie schlug's ihm mit dem Worten ab: „Ach hab Kopfschmerzen, ich mag heut nicht tanzen!“ Eine kleine Weile danach holte sie der Ludwig Jold, und sie zog wie ein Wirbelwind mit ihm herum. Der Schneider Rabenau, der Schiefhals, mederte: „Nach Dir kein Herzbrechen, Theobald, das Wöhen blüht nicht für Dich. Jit's die nicht, it's eine andre!“ Eine wilde Mut flammte in ihm auf. Er rannte in den Wald und riß ein paar junge Bäume aus. Danach lehrte er zu seiner Namenabsicht zurück. Vier Wochen später ging er in die Fremde. Die Zeit legte vieles bei. Sein Jorn gegen die Grete war berräucht. Raum, daß er wieder nach der Heimat Damb' gegeben und eben hier warm geworden war, ran man ihn zu. Ludwig Jold, der Windbeutel, habe die Grete im Stich gelassen. Selbstam hatte sich das Wast gemacht: er hatte das Wöhen nun doch gepflückt. Indessen machte er sich nichts vor. Der Zufall war ihm zu Hilfe gekommen. Mutterkennzeichen kannte die Grete einen Mann wohl brauchen. Und da war er just der Rechte. Rob Donner! Die Kraft schloß ihm aus allen Poren. Er kannte sein Werk und seinen Willen.

Unter solchen Gedanken hatte er den Altenburgskopf erreicht. Aus dem Städtchen blühten die Dichter herauf. Ringsum rieselten und raunten die Quellen. Der Wald stieg empor, überglänzte das Tal und leuchtete die Höhen in bläuliches Licht.

Gegen Mitternacht trat Sonder den Rückweg an. In der „Krone“ war das Gastsimmer noch erleuchtet. Ein paar Spieker gränkten. Als hätten sie ihre Kehle eine Weile weit offen. Der junge Metzgermeister kam als später Gast hinzu. Ohne den Spektakel zu beachten, ließ er sich stillbergrüßt seinem Nachtruft jhmedez.

(Fortsetzung folgt.)

Diesem Tage auslegen müssen, was nicht geschehen konnte, weil der Wahltermin damals noch nicht bekannt war. Es war auch eine Veranlassung an die Eltern nicht möglich, weil wegen der Ferien die Kinder eine solche nicht den Eltern ausführen konnten. Die Schulverwaltung der Regierung konnte sich den zahlreichen Wünschen auf Verrückung des Wahltermins nicht verschließen und setzte den Wahltermin für die Elternarbeit auf Sonntag den 22. November 1920 fest. Dieser Termin soll unbedingt eingehalten werden.

Die Ortslöhne.

Für Tagelöhner sind die ortsüblichen Tagelöhne in den nachstehend aufgeführten Orten wie folgt geändert:

	Für Personen im Alter			
	v. 16 b. 21 Jahr.		über 21 Jahr.	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Magdeburg	5,00	3,00	7,00	3,50
Wittenberg	4,00	2,50	6,00	3,50
Halberstadt	4,00	2,00	5,00	3,00
Stendal	4,00	2,00	5,00	3,00
Quedlinburg	4,00	2,50	6,00	3,50
Groß Salze und Schönebeck	4,00	2,00	5,00	3,00
Stahlfeld	4,00	2,50	6,00	3,50
Burg und Gommern	4,00	2,00	6,00	3,50
Der übrige Teil des Kreises Jerichow 1	4,00	2,00	5,00	3,00
Kreis Wolmirstedt	4,00	2,00	5,00	3,00

Die Veränderungen treten mit dem 1. Januar 1920 in Kraft. Nach § 1246 der Reichs-Versicherungs-Ordnung sind die Invalidenrenten für solche Personen, die einer Krankenkasse nicht angehören, nach dem Ortslohn zu bemessen. Hiernach sind ab 1. Januar 1920 50 Pfg.-Marken für männliche und 42 Pfg.-Marken für weibliche Personen zu Heben, wenn sie einer Krankenkasse nicht angehören. Die Versicherungspflicht beginnt mit dem 16. Lebensjahre (auch für Lehrlinge), wenn Bargeld gezahlt wird.

Verstüchter Raubmord und Selbstmord.

Der Schlosser Hans Wollug, Breiter Weg 247 wohnhaft, kam am 31. Dezember 1919 zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags in den in der Grünarmstraße Nr. 20 belegenen Verkaufsladen des Altküchlers Joseph Janderer und kaufte einen Anzug. Nachdem der Kauf abgeschlossen war, verlangte W. noch Wäsche. Von Wollug gefolgt, wollte sich Janderer in einen hinter dem Laden belegenen Raum, in welchem die Wäsche lagerte, begeben. Als er dem W. den Rücken gewendet hatte, verpackte dieser Janderer mit einem schweren Hammer von hinten zwei Schläge auf den Kopf. Der Heberfallene, ein kräftiger Mann, setzte sich zur Wehr, erhielt aber trotzdem noch einen dritten Schlag in die Schläfengegend.

Nach dem entstandenen Geräusch aufmerksam geworden, eilte die in der Wohnung des ersten Stockwerks befindliche Ehefrau J. auf einer in den Laden führenden Wendeltreppe ihrem Ehemann zu Hilfe. Nunmehr ergriff W. die Flucht. Die Ehefrau J. verfolgte ihn auf die Straße und versuchte, ihn mit Hilfe von Passanten zu ergreifen. Die Ausschließlichkeit seiner Flucht einsehend, schoß sich W. dreimal mit einer Pistole in den Kopf und brach vor dem Hause Schopenhauerstraße Nr. 4 bewusstlos zusammen. Er wurde mit einem Fahrzeug der Feuerwehr dem allnächtlichen Krankenhaus zugeführt, wo er nach feiner Einlieferung verstarb.

Die Verletzungen des J. sind zwar schwer, aber laut ärztlichen Gutachten nicht lebensgefährlich, so daß völlige Genesung zu erwarten ist.

Politische Verhaftungen. Am Dienstag wurden zwei Brüder Sieradzki verhaftet. Es sind geborene Polen, die hier längere Zeit lebten. Wie mitgeteilt wird, wurde die Verhaftung und Ausweisung von Berlin angeordnet, wahrscheinlich aus politischen Gründen. Auf Betreiben des Magdeburger Polizeipräsidenten wurde Karl Sieradzki wieder freigelassen. In der Sache J. Sieradzki's schweben noch Ermittlungen.

Sturmgefahren. Es gibt eine Menge militärischer Entwicklungstellen, in denen zahlreiche Männer angestellt sind, die den Staat viel Geld kosten und manchmal nicht recht wissen, zu welchem Zwecke sie da sind. Sie benutzen häufig ihre Zeit, um politische Diskussionsstunden abzuhalten, um sich zu rüsten gegen die Republik, die Juden im allgemeinen und die Judenregierung im besonderen. Am Dienstag war ein Parteigenosse wieder einmal verurteilt, auf dem Bezirkskommando die händischen Ergüsse eines etwa 24jährigen Jünglings anzuhören, der mit Empfinden sein schwarzweißrot umrandetes Taschentuch schwang — was er öfters zu seinem natürlichen Zwecke benutzen sollte —, und erklärte: wir werden bald wieder am Ruder sein, und die Landsberg, Bauer und Konjoren werden „abgegriffen“ haben. Allein im Bezirkskommando ständen 49 „Männer“ zur Fahne schwarzweißrot, gegen die Juden und die jetzige Regierung. Nur werden ja die 49 Sturmgefahren des Bezirkskommandos unter der glorreichen Führung des Jünglings mit dem schwarzweißroten Schnupftuch nicht viel ausmachen können in den politischen Machtkämpfen der Zukunft, aber die Frage scheint doch angebracht, ob die Gelder aus der Staatskasse zweckmäßig angewendet sind, die ausgegeben werden, um mißgewordenen Aldeutschen Gelegenheit zu verschaffen, in einem Amtsbureau andre Leute mit alldemokratischen Verhältnissen anzudeuten. Einen Befehl herbei und ausgeführt; die Jünglinge sehnen sich offenbar nach nützlicher Arbeit.

Zum Tarif für die Magdeburger Angestellten wird uns geschrieben: Folien geben einen guten Überblick über die Lage der Angestellten. Nachstehende Aufstellung zeigt die Steigerung der Preise für die hauptsächlichsten Lebensmittel und die notwendigen Ausgaben in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1919.

Es kosteten	am 1.7.19	31.12.19	Steigerung
	Mark	Mark	in Proz.
1 Brot	1,05	2,20	109
1 Pfund Butter	4,60	7,23	57
1 „ Fleisch	3,12	5,00	61
1 „ Kartoffeln	0,12	0,17	42
1 „ Marmelade	1,20	2,00	67
1 „ Margarine	3,53	5,05	43
1 „ Mehl	0,33	0,72	108
1 „ Zucker	0,55	1,00	82
1 Liter Milch	0,68	0,90	36
1 Zentner Weizen	3,90	6,00	54
1 „ Holz	6,50	10,50	62
1 cbm Get.	0,33	0,58	53
Stiefelsohlen	16,00	28,00	75

Wichtig Preissteigerung für die Lebensmittel = 67 Prozent und für die andern hauptsächlichsten Ausgaben 61 Prozent.

Als Mitglied einer Diebsbande, die die Gegend um Loburg umher gemacht haben soll, wurde hier der russische Kriegsgefangene Isidor Katinow, der sich anfänglich Marian, Krumpholtz nannte, festgenommen. In seinem Besitz wurde eine geladene Revolverpistole vorgefunden.

Erhöhung der Preise für elektrischen Strom, Gas und Wasser. Die städtischen Behörden haben beschlossen, an Stelle der zurzeit bestehenden Teuerungsskizzen die nachfolgenden, sofort in Kraft tretenden Teuerungsskizzen in Anwendung zu bringen:

Die Preise der in den Stromlieferungsbedingungen aufgeführten Tarife verstehen sich für einen Ablesezeitraum von 5 Mark für die Tonne frei Kesselhaus. Diese Preise sowie die Gebühren für Transformatoren, Mietanlagen und Zähler (Grund- und Messgebühren) erhöhen sich um je 5 Prozent für jede angefangene 1 Mark Preissteigerung für die Tonne Kohle; sie erniedrigen sich um je 5 Prozent für jede volle 1 Mark, um die der Kohlenpreis zurückgeht. Die Strompreiserhöhung oder -ermäßigung tritt mit Beginn eines Halbjahres ein, wobei der durchschnittliche Kohlenpreis des vorausgegangenen Vierteljahres die Grundlage bildet.

Der Gaspreis von 30 Pfg. für 1 Kubikmeter für alle Verwendungswecke versteht sich für einen Kohlenpreis von 60 Mark die Tonne frei Kesselhaus. Steigen die Kohlenpreise über 60 Mark die Tonne frei Kesselhaus, so erhöht sich der Gaspreis um 2 Pfg. für das Kubikmeter um 2 Mark. In gleicher Weise ermäßigt sich der über 30 Pfg. erhöhte Gaspreis um 1 Pfg. für das Kubikmeter für jede volle 2 Mark, um die der Kohlenpreis frei Kesselhaus wieder sinkt. Die Gaspreiserhöhung oder -ermäßigung tritt ohne weiteres von der der Kohlenpreisveränderung unmittelbar folgenden Ablesezeitraum mit Rückwirkung auf den Ablesezeitraum ein.

Der Wasserpriß von 20 Pfg. für das Kubikmeter versteht sich bei einem Kohlenpreis von 18,50 Mark die Tonne frei Kesselhaus. Steigen die Kohlenpreise über 18,50 Mark, so erhöht sich der Wasserpriß von 20 Pfg. (bei Badeanstalten von 6 Pfg.) bei Wasserentnahme zu vorübergehenden Zwecken von 30 Pfg.) für das Kubikmeter um 1 Pfg. für jede angefangene Steigerung des Kohlenpreises um 2 Mark. In gleicher Weise ermäßigt sich der über 20 Pfg. erhöhte Wasserpriß um 1 Pfg. für das Kubikmeter für jede volle 2 Mark, um die der Kohlenpreis frei Kesselhaus wieder sinkt. Die Wasserprißerhöhung oder -ermäßigung tritt ohne weiteres von der der Kohlenpreisveränderung unmittelbar folgenden Ablesezeitraum mit Rückwirkung für den Ablesezeitraum ein.

Parteiaktionär = Sitzung

am Sonntag den 4. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, in Friedrichs Feisälen.

Ohne Mitgliedsbuch und Legitimationstarke kein Zutritt.

Silvester. Soweit Ausgelassenheit im weitesten Sinne und Stimmung in Frage kommt, haben selbst die Silvesterfeiern in Friedensjahren keinen höheren Grad aufzuweisen gehabt als die, die uns in das Jahr 1920 hineingebracht hat. Trotz der verhältnismäßig sehr angelegten Polizeistunde währte das karnevalistische Silvesterreiben bis in den Neujahrsmorgen hinein. Bereits um 9 Uhr setzte auf dem Breiten Wege ein starker Verkehr ein, der sich in der Hauptsache zwischen Dreieck- und Steinstraße abspielte. Darüber hinaus nach Norden und Süden hatte die Stadt ihr normales Gepräge. Neu war in diesem Jahre, daß Tugende von improvisierten Verkaufständen, fliegende Händler und Händlerinnen auf dem Breiten Wege ein lustiges Geschäft mit allerhand Scherz- und Nummernschank-Artikeln betrieben. Es währte auch nicht lange, dann glückte es, eine Herde einer allgemeinen Mastwabe, in der die „Nichtmachenden“ in der Minderheit waren. Beinträchtigt wurde das bunte Treiben durch die schwache Beleuchtung. Nach 10 Uhr verlangte die Polizei die Räumung der Straße von den Verkaufständen. Wie immer, gab es in dem lustigen Gewoge auch Käppl und solche, die um diese Zeit schon so voll des „edeln Neklars“ waren, daß sie sich tatsächlich im Straßenstaub wälzten, doch — reden wir lieber nicht davon. Lustig und vergnügt ging es selbstverständlich in den Cafés und großen Bierparks zu. Ein erhebliches Eintrittsgeld sorgte für eine Auslese der Zahlungsfähigen. Hier sowohl wie in den Kabarett, Dielen und sonstigen neuzeitlichen Vergnügungsorten merkte man nichts von dem Elend der Zeit. In diesen Lokalen war eine Stimmung, als gelte es, nur diese eine Nacht noch zu leben. Als unter Glockengeläute und donnenden Böllerschüssen das neue Jahr seinen Einzug hielt, da ertönte, wie üblich in allen Straßen von jung und alt das „Prost Neujahr!“. Neben dem, die sich an der allgemeinen Lustigkeit beteiligten, gab es auch viele, die Ursache hatten, an etwas andres zu denken. Die Folgen des Krieges, die sich immer noch verschlechternden Ernährungsverhältnisse, ließen bei ersten Menschen keine Fröhlichkeit aufkommen. Manche Träne mag wieder geflossen sein im stillen Gedanken an jene die sonst in Familienkreise auf ein gesundes und fröhliches neues Jahr angestoßen hatten und nun nicht mehr da waren. Möge das neue Jahr der Menschheit alles das bringen, was in der Silvesternacht im Uebermaß der Gefühle in Form von Wünschen Ausdruck erhalten hat.

Das Bier wird teurer. Das Reichswirtschaftsministerium erhöhte, so meldet Wolffs Bureau, für das Gebiet der ehemaligen norddeutschen Brauereigenossenschaft mit Rücksicht auf die Steigerung der Herstellungskosten den Herstellungsverhältnispreis für Bier einschließlich der Steuern auf 61 Mark, für Bierähnliche Getränke (Erstbier) auf 58 Mark für das Hektoliter. Eine ausnahmsweise Festsetzung höherer Preise für Oris mit besonders großer räumlicher Ausdehnung und besonders hohen Herstellungskosten bleibt weiter vorbehalten. Die Ausnahmen werden unter entsprechender Anwendung der bisherigen Grundätze derart bewilligt, daß erforderlichenfalls der Preis in zwei Staffeln auf 63 Mark und 65 Mark für das Hektoliter erhöht wird. Für die Herstellungsorte, für die bereits bisher höhere Herstellungsverhältnisse bewilligt waren, tritt an Stelle des Preises von 40 bis 50 Mark ein Preis von 63 Mark, an Stelle des Preises von 42 Mark ein Preis von 65 Mark für das Hektoliter.

Wichtig für Abstammungsberechtigte. Alle Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, die bei Inkrafttreten des Friedensvertrags 20 Jahre alt und im Abstammungsgebiet geboren sind, sind abstimungsberechtigt. Sie brauchen für die Abstimmung voraussetzlich eine Geburtsurkunde und tun gut daran, die Ausstellung dieses Ausweises bei dem für den Geburtsort zuständigen Standesamt so bald als möglich zu beantragen. Die Ausstellung geschieht kostenfrei. Eine Ausnahme findet statt für Personen, die vor dem 1. Oktober 1874 im Abstammungsgebiet geboren sind. Diese müssen die Geburtsurkunden nicht beim Standesamt, sondern bei dem für den Geburtsort zuständigen Geistlichen beantragen.

Witiger Streik. Am Mittwoch nachmittags gegen 4 Uhr schlug in der Schopenhauerstraße im Verlauf eines Streites der Weisende Hans W. einen andern auf den Kopf, so daß dieser einen Schädelbruch davontrug und in ärztliche Behandlung gebracht werden mußte. W. schloß sich darauf eine Kugel durch das rechte Auge in den Kopf. In schwerverletztem Zustand wurde W. durch die Sanitätsabteilung der Feuerwehr dem allnächtlichen Krankenhaus zugeführt.

Der Magdeburger Verein für Radfahrern, G. W. hielt in Anwesenheit seines Ehrenvorsitzenden Meisters Adolf Wittig eine Vorstand- und Ausschuffung ab. Mitglieder und Fahrkarteninhaber wählte der Verein in diesem Jahre 3650. An Beiträgen wurden vereinnahmt 11 000 Mark. Ein erheblicher Zuwachs an Mitgliedern ist zu erwarten. Mit Rücksicht hierauf glaubt man trotz der so erheblich gestiegenen Arbeitslöhne und Preise für Materialien usw. mit einer geringen Erhöhung der Beiträge auskommen zu können. Diese sollen nicht mehr durch Voten eingezogen werden, dagegen sollen die Ausgaben, von denen die Mitgliederstarken und die neuen Jahresringe für 1920 zu entnehmen sind, bedeutend vermehrt werden. Die Radfahrere dürfen vom 15. März 1920 an nur von Radfahrern bejahen werden, die den Fahrearing für 1920 am Steuerrohr des Rades führen. Das Fahren auf den Wegen ohne den Fahrearing ist verboten und strafbar. Das große Radfahrereingeweihe in seiner Länge von 250 Kilometern kann, wie allseitig betont wurde, nur wiederhergestellt und erhalten werden, wenn alle Radfahrer sich an Ausbringung der hohen Kosten beteiligen.

Mutmaßlicher Mord. Wie die Obduktion der Leiche des Weinbergstraße 55 verstorbenen Arbeiters Hans Bräuer ergeben hat, ist der Tod durch Ersticken erfolgt, auch hier sind Strangulationsmarken an Hals festgestellt worden. Auf Grund des Verbodes ist gegen die Mutter Witwe Wilhelmine B. geb. Diebste, die mit dem Verstorbenen allein in der Wohnung gewesen ist, Haftbefehl wegen Verdachts des Mordes erlassen. Sie wurde in die hiesige Strafanstalt eingeliefert.

Gestohlen wurden aus einem unberücksichtigten Kontor im Adelshof ein fast neuer schwarzer Winterüberzieher mit Samtbesatz und dunkelgrünem Futter; aus einer verschlossenen Schantwirtschafft in der Halberstädter Straße zwei Storkflaschen mit 25 Liter Heidelbeerwein und 20 Liter Cognat, ferner 2 Liter Rum und 1000 Zigaretten „Cristi Auguste“; aus einem verschlossenen Laden in der Sehmstedter Straße 20 Pfund Bienenleberwurst, drei Erbswürste, etwa 15 Pfund abgemogene Margarine, 20 bis 25 Pfund englische Merseyseife und 10 Kiesel deutsche Kernseife; aus verschlossenen Säulen in der Obendorfer, Zettelhener- und Halberstädter Straße 9 Säbner, 2 Mannchen, 1 Schirm und 2 Ziegen; aus einer Wohnung in der Meisledter Straße eine goldene Damenuhr mit Metalle; aus einer verschlossenen Wohnung in der Braunschweiger Straße ein weißes Kleid, ein blauer Feinrock, ein grüner Regenmantel, ein schwarzer Mantel, ein Paar Handschuhe, Hemden und Wollsocken; aus einer verschlossenen Wohnung im Kaufhof ein schwarzer Mäntel mit Pelzbesatz, ein grauer Anzug, eine schwarze Mäntelbesse, eine Uhr und eine Sandtasche mit zusammen 314 Mark; aus einem verschlossenen Keller am Alten Markt 10 Pfund, Zitronen und Apfels; aus mehreren Schatullen eines Photographen sieben Vergrößerungen mit Rahmen.

Wem gehören die Gardinen usw.? Festgenommen wurde der Handlungsgehilfe Franz Birtz von hier, der am 1. Januar gegen 3 Uhr morgens von einem Polizeiwachmeister in einer Wäsche getroffen wurde und unter seinen Kleidungsstücken sechs Gardinen und einen Tischläufer verborgen hielt. Die jedenfalls gestohlenen Stücke will er gegen 12 Uhr nachts in einer Schantwirtschafft am Breiten Weg von einem unbekanntem Manne für 150 Mark gekauft haben. Der Eigentümer wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 61, zu melden.

Ein Schreibmaschinendieb ermittelt. Festgenommen wurde der Schlosser Kurt Zirke von hier, der als der Dieb ermittelt ist, der, wie berichtet, in der Nacht zum 13. Dezember aus einem Kontor in der Kaiser-Friedrich-Straße eine Schreibmaschine „Mignon“ und 50 Mark gestohlen hat. Die Maschine hatte er an einen Händler in der Berliner Straße für 175 Mark verkauft. Sie ist wieder herbeigekauft.

Festgenommener Taschendieb. Der polnische Arbeiter Jakob Eienlad, ein der Kriminalpolizei bekannter Taschendieb, der erst kürzlich aus dem Gefängnis entlassen ist, hat am 31. v. M. nachmittags auf dem Breiten Weg, Haltestelle der Straßenbahn Alten Markt, einer Frau während des Einsteigen in einen Straßenbahnwagen aus der Manteltasche ein Geldstückchen mit etwa 24 Mark gestohlen. Die Bestohlene merkte den Diebstahl und hielt den Dieb fest, dem es aber bereits gelungen war, das Geldstückchen einem Genossen zu übergeben, der sich damit schnellig entfernt hat. Mit Hilfe eines Beamten der Sicherheitspolizei wurde der Dieb festgenommen.

Ergreifene Eisenbahndiebe. Die Arbeiter Friedrich Winte und Gustav Thieb von hier wurden am 1. d. M. gegen 5 Uhr morgens von einem Polizeiwachmeister und zwei Beamten der Sicherheitspolizei mit gefüllten Säcken in der Kaiserstraße betrogen. Als sie die Beutten sahen, warfen sie die Säcke von sich und versuchten zu fliehen. konnten aber ergriffen und festgenommen werden. In jedem Sack befand sich eine Wille, anscheinend mit Wein. Sie wollen diese auf dem Bahnhof aus einem unverschlossenen Eisenbahnwagen gestohlen haben. Die Säcke hatten sie zum Transport gefüllter Waren aus ihren Wohnungen mitgenommen, auch führten sie ein Stenogramm und eine Zange als Werkzeug bei sich.

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein.
Bezirk Süd. Heute abend 7 1/2 Uhr bei Central-Funktionärinung.
Bezirk Ost. Heute abend 7 1/2 Uhr in der „Scholar“ Funktionärinung.
Bezirk Friedrichstraße-Wend. Funktionäre am Sonnabend Materialempfang beim Genossen Kunzmann.
Bezirk Südendurg. Funktionärinung am Montag abend 7 1/2 Uhr im „Goldenen Löwen“.
Bezirk Nord. Montag abend Abrechnung der Kaffierer bei E. Kohn, Schillerstraße 22.

Jugendbund Freiheit.
Am Sonnabend abend 8 Uhr im Jugendheim Funktionärkurs. Vortrag: Die literarische Jugend und wir.

Theater, Konzerte etc.

Stadttheater. Heute Sonnabend „Brazillier“. Sonntag nachmittags „Spanische Färgel“, abends 8 1/2 Uhr bei aufgeborenen „Ruchel“. Montag „Wälschen-Schauer“. Für die am Montag stattfindende Aufführung von „Wälschen-Schauer“, welche als Ehrenabend für Herbert Kommet angelegt ist, zeigt sich ein großes Interesse, so daß die Karten bald vergriffen sein dürften. **Städt. Orchester.** Mittwoch, 7. Januar, abends 7 1/2 Uhr im „Soflager“. **Orchester** im hiesigen. Festus deutscher Meister, Leitung Kapellm. Dr. Kuhn. Eintritt. (Stühle 2 u. 1 Mk.) bei Heinrichshofen und Abendkasse im „Soflager“.

Provinz und Umgegend.

Kreis Wanzleben.

Scherzke. 2. Januar. (Die Generalversammlung) des Sozialdemokratischen Wahlvereins findet Sonntag den 4. Januar, abends 8 Uhr, bei Etzler statt, in der auch die Wahl des Vorstandes vorgenommen werden soll. Allen Mitgliedern muß endlich klar werden, daß die politische Launeit aufhören muß, wo die Genossen so eifrig am Werke sind. Nur eine straffe Organisation kann den Kampf führen. Vor allem müssen die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher zur Versammlung pünktlich erscheinen.

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg. 2. Januar. (Der der Brennstoffknappheit) mehren sich die Holzdiebstähle täglich. Es wird nicht nur Brennholz, sondern auch das für den Bergbau so notwendige Grubenholz mit Vorliebe gestohlen. Die Kriminalpolizei hat schon verschiedene Täter ermittelt. Wenn man es auch versteht, daß die Brennstoffnot oft dazu verleitet, sich am Eigentum anderer zu vergreifen, so sollte man doch bedenken, daß mit dem Diebstahl an Grubenholz der Allgemeinheit großer Schaden zugefügt wird. — **Ges. o. h. l. e. n.** wurde einer Witwe in der Johannisstraße ein Geldbetrag von 800 Mark und eine goldene Herrenuhr.

Burg. 2. Januar. (Die **W. o. l. s. h. o. s. h. u. l. e.**) legt eine neue Vortragsreihe zur Zeichnung auf. Die Genossen werden aufgefordert, von dieser Bildungsgelegenheit recht ausgiebig Gebrauch zu machen. (Siehe Inserat.)

Geuthin, 2. Januar. (Eine Kreisversammlung) fand in voriger Woche statt. Der Antrag, einen Kreisbaumeister (Hochbautechniker) anzustellen, wurde abgelehnt. Ebenso erging es einem Antrag auf Anstellung von sechs Kreisgendarmen, die der Kreisaußsicht zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sowie zur Bekämpfung des Schleichhandels für erforderlich hielt. Sechs neue Kreisbauarbeiter sollen angestellt werden. Gewählt wurde ein Wirtschaftsrat, bestehend aus drei Personen, von denen jede Partei ein Mitglied stellt. Der Weirat tritt an die Stelle des Kreisbaumeisters; es liegt ihm die Kontrolle des Kreiswirtschaftsamt und des Kreiseinkaufs ob. Die Anstellung eines Kreisvertrauensarztes wurde ebenfalls beschloffen. Ihm soll die Durchführung der Säuglings-, Tuberkulose- und Wohnungsfürsorge obliegen, ferner soll er die Prüfung der ärztlichen Zeugnisse über Lebensmittelzulagen usw. vornehmen. Die Ueberwachung der Unterhaltungskosten der Kreisbauern um 85 000 Mark wurde genehmigt.

Gommern, 2. Januar. (Grober Unfug.) Durch einen furchtbaren Knall wurden am Dienstag in der achten Abendstunde die Bewohner der Stadt in große Aufregung versetzt. Von leichtsinnigen Rufen war auf dem Nachmittagssteig eine an der Gorkumauer des Zielischen Grundstücks niedergelegte starke Sprengmasse zur Entzündung gebracht worden. Die Wirkung der Explosion war so heftig, daß in den umliegenden Häusern fast alle Fensterscheiben, darunter auch die großen Scheiben der Fahrradhandlung Großhoff, zerschmettert wurden. Auch ein Stück der Gorkumauer ist zerstört worden. Von den Ueberlebenden dieses nichtswürdigen Streiches hat man noch keine Kenntnis.

Gräbe, 2. Januar. (Den eigenen Vater bestohlen.) Bei der 21-jährige D. F. Lügge. Er entwendete eine Geldtasche mit 600 Mark und übergab seinem Freunde Paul Tenges 400 Mark zur Aufbewahrung. Dieser verkaufte jedoch den größten Teil des anvertrauten gestohlenen Geldes für sich. F. Lügge erhielt wegen des Diebstahls 8 Wochen Gefängnis, Tenges wegen Begünstigung und Unterschlagung die gleiche Strafe.

Scherben, 2. Januar. (Bei einer Durchsichtigung) der Wohnung der Handelsfrau Schreiber wurde ein Kasten Wurz gefunden, den sie in ihrem Bett versteckt hatte. Es handelt sich um einen Teil der vor etwa vierzehn Tagen der Frau Zehle gestohlenen Wäre. Doch lautet die Handlerin, daß die Wäre von dem Zahnarzt herrührt. Es soll nämlich wieder der große Unbekannte gewesen sein, der ihr die Wäre verkauft hat.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben. Gensdorf, 2. Januar. (Eine Mitgliederversammlung) des Sozialdemokratischen Vereins findet Sonntag den 3. Januar statt. Eine Volksversammlung wird Sonntag den 11. Januar veranstaltet. Die Unabhängigen wollen einen Nebener finden, um Einigungsversuche zu unternehmen. Die Genossen werden daher zum Besuch dieser Versammlung aufgefordert.

Neuhaldensleben, 2. Januar. (Eine Mitgliederversammlung) des Sozialdemokratischen Vereins findet am Mittwoch den 7. Januar, abends 8 Uhr, statt.

Schadenleben, 2. Januar. (Der Zucker- und Saftverteilung) an die Arbeiter der Zuckerfabrik teilt uns der Arbeiterausschuß der Fabrik mit, daß die Verteilung, deren Ausschleichen wir in Nr. 300 der „Volksstimme“ bemängelten, Mitte Januar erfolgen soll.

Kreis Quedlinburg-Aschersleben-Halbe. Wasserleben, 2. Januar. (Zuckerdiebstahl.) 20 Zentner Zucker wurden nachts auf der Zuckerfabrik gestohlen und mittels Fußwerk abgehahren.

Schönebeck, 2. Januar. (Sie haben es vergessen.) daß es eine Revolution gegeben hat. Am 20. Dezember empfing ein ehemaliger Verteidiger Deutschlands, also ein Kriegsteilnehmer, folgende Aufforderung:

Laut Straßbuch der 2. Ersatz-Kompanie Kriegsgefangenenlager Truppenübungsplatz Römigbrück haben Sie noch eine Anwesenheitskarte zu 2 Tagen zu befüllen. Sie werden ersucht, sich am 2. Januar 1920, vormittags, zur Verfüllung der Karte, bei

der Gerichtsabteilung des Garnisonkommandos hier, Landwehrstraße 1, zu melden.

Sollten Sie an dem genannten Tage nicht erscheinen, werden wir Sie durch die Polizei vorführen lassen. Name unleserlich, Leutnant.

Dieser Krieger ist am 11. März 1919 von seinem Truppenteil entlassen, in seinem Militärpaß sind die Vermerke: Führung: Gut. Strafe: keine. Trotzdem dieses schon am 27. September 1919 nach Aschersleben, als von dort ein ähnliches Schreiben eingegangen war, berichtet ist, erweist 13 Wochen später das obige Dokument. Wäre es nicht angebracht, in den Garnisonkommandos eine Papierrationierung vorzunehmen? Ferner endlich derartige Akten, wie sie dort noch lagern, in die Papiermühlen wandern zu lassen? Oder glaubt man, daß diese Herren Leutnants zu nichts weiter verwendbar wären, als ihren Namen unter Schriftstücke zu setzen, die sie scheinbar nicht mal gelesen haben.

Kreis Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode. Wernigerode, 2. Januar. (Die Krone nicht verlohnt) hat ein Dieb, der in der Weihnacht nacht von dem unerschütterlichen Trodenboden die Wäsche einer in dächtigen Verhältnissen lebenden Frau stahl.

Kreis Stendal-Osterburg. Stendal, 2. Januar. (Ein großer Einbruch Diebstahl) wurde am Donnerstag abend zwischen 8 und 9 Uhr im Herrngardensrobbegäßchen von Raumann verübt. Die Diebe haben unter den Waren mit Kennerblick Auswahl getroffen und für 7800 Mark wertvolle Sachen in Koffern fortgeschafft.

Langerhütte, 2. Januar. (Kriegsopfer.) Der Bureaugehilfe Behrens vom Weichenbaum in Stendal wachte von seiner Mittagsruhe, die er in einem Raume neben seinem Bureau zu halten pflegte, nicht wieder auf. Er scheint plötzlich der Einwirkung der Malaria, die er sich im Felde zugezogen hatte, erlegen zu sein.

Kreis Salzwedel-Gardelegen. Gardelegen, 2. Januar. (Diebe) erlaubten bei einem Schaufensterbruch nachts Eisenblechen und Zigarrenspitzen im Werte von 1200 Mark, indem sie mit einem Glasinstrument ein Stück aus dem Schaufenster herausschnitten. Es handelt sich anscheinend um berufsmäßige Einbrecher, die mit der Deute unbedenklich entkommen sind.

Salzwedel, 2. Januar. (Wegen Diebstahls und Hehlerei) haben der Metzger Hermann W. aus Halberstadt und der Metzger Fritz W. aus Zittau vor der Stendaler Straßkammer, ersterer hatte im Februar zwei Schweine von je 100 Pfund gestohlen und an den Mittagstisch verkauft. W. erhielt 9 Monate Gefängnis wegen Diebstahls und R. 3 Monate wegen Hehlerei.

Rüthen, 2. Januar. (Reformulino.) Der Magistrat beabsichtigt die Errichtung eines städtischen Reformulino, um Einfluß auf die Rindfleischpreise zu erlangen und um auf den Geschmack der Verbraucher veredelnd einzuwirken. Dem Gemeinderat ist bereits eine Vorlage zum Anlauf der „Stammfleischerei“ für 215 000 Mark zu diesem Zwecke zugegangen, mit deren Annahme zu rechnen ist, da unsere Genossen das für stimmend werden, wenn auch in der Bürgererschaft für dieses Projekt wenig Begeisterung vorhanden ist.

Salze, 2. Januar. (Feuergefecht mit Schwererbrecher.) Bei der Festnahme zweier Männer, Vater und Sohn, wurde ein Kriminalwachmeister erschossen, ein Gefangenenaufseher durch Schüsse schwer und ein Polizeiwachmeister leicht verletzt. Die beiden Verbrecher hatten sich im Waderaum des Polizeigefängnisses besezt und ein lebhaftes Feuer eröffnet; sie wurden schließlich durch Maschinengewehrfeuer überbältigt. Man fand beide erschossen vor.

Kleine Chronik. Eine neue Erdgasquelle bei Hamburg. In Neuenhummel ist man bei Bohrungen nach Erdgas gestern abend in 280 Meter Tiefe auf Gas getroffen, das gleich aufgefangen und nach dem Hamburger Gaswerk Tiesfließ geleitet werden konnte.

Laumbrüche infolge Wassermangels. Das Hochwasser des Rheins hat unterhalb Mainz zwei Laumbrüche verursacht. Die Flut hat die Ufer mehrere Kilometer weit überflutet. Der Obermain ist noch im Steigen begriffen. Die Altheimer Schiffbrücke wurde infolge der starken Rheinflut in der verflochtenen Nacht plötzlich abgetrieben. Die meisten Boote sind wieder eingezogen. Es sind wieder Personen und Sachschäden zu verzeichnen.

Ein Leiche gestohlen. Ein Dorf, der wohl einzig in seiner Art dasteht, hat sich in Hirsleben a. d. O. abgesetzt. Vor einigen Tagen wurde dort die Leiche eines Selbstmörders auf der Nordbahnstrecke gefunden. Der Hirslebener Wagnier beantragte die Ueberführung der Leiche an die anatomische Station der Klinik in Kassel. Der Transport fand in einer geschlossenen Kiste statt. Auf dem Wege nach Kassel haben nun Bahngüterdiebe die Kiste mit der Leiche gestohlen. Sie hatten hierin als Leinwand kleidung vermutet.

Ein erschossener Krieger. Wie aus Bosen gemeldet wird, ist die für Schieber festgesetzte Todesstrafe soeben an dem Krieger Brothke im vollzogen worden. Er hatte drei für die polnische Krone bestimmte Winterwagen mit Nahrungsmitteln unterschlagen. Das Urteil ist durch Geschworen vollstreckt worden.

Vereins-Kalender.

Wied nur gegen Voranmeldung, ab 3. bis 30 Pf. aufgenommen.
Verband der Kupferarbeiter. Sonnabend den 3. Januar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Göhr.
Verband der Lederarbeiter Deutschlands. Sonnabend den 3. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung bei Göhr, Osterstraße 13.
Reiseführer Sängerverein. Vorwärts. Montag den 3. Januar, abends 8 Uhr, Turnverein Fichte, Abt. Eubenberg. Sonntag vormittags 9 Uhr Turnstunde.
Kino, Stamm- und Sportklub Atlas. Sonnabend den 3. Januar, abends 8 Uhr, Versammlung bei Gullow Bach.
Kino- und Sportklub Vorwärts Eubenberg. Sonntag den 4. Januar, vormittags 10 Uhr, Versammlung in Friedebühnenstr.
Kriegsopfer. Arbeiter-Gesangsverein. Männer- und Damenchor. Sonntag den 4. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Generaterversammlung bei Pöhl.
Tischtennis. Männer-Turnverein Fichte. Sonntag den 3. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Generaterversammlung im Vereinslokal.
Groß-Ostereisen. Männer-Gesangverein. Sonntag den 4. Januar, nachmittags 2 Uhr, Generaterversammlung in der Sankt-Georgs-Kirche.
Reichshandwerker. Arbeiter-Gesangsverein. Sonntag den 4. Januar, nachmittags 1 Uhr, Generaterversammlung bei W. Bergg.
Reichshandwerker. Arbeiter-Gesangsverein. Sonntag den 4. Januar, nachmittags 1 Uhr bei W. Bergg.

Wasserstände.

Ort	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand
Brandenburg	1.1	1.1	1.1	1.1
Brandenburg	1.1	1.1	1.1	1.1
Brandenburg	1.1	1.1	1.1	1.1
Brandenburg	1.1	1.1	1.1	1.1
Brandenburg	1.1	1.1	1.1	1.1
Brandenburg	1.1	1.1	1.1	1.1
Brandenburg	1.1	1.1	1.1	1.1
Brandenburg	1.1	1.1	1.1	1.1
Brandenburg	1.1	1.1	1.1	1.1
Brandenburg	1.1	1.1	1.1	1.1

Wettervorhersage.

Sonnabend, 3. Januar: Wechselnde Bewölkung, etwas Kälte, mäßigem nennenswerten Niederschlag.

(Schluß des redaktionellen Teils)

Erfrorene Glieder

werden bei Gebrauch von Friedrichs Frostbad in wenigen Tagen geheilt. Lassen Sie dieses in Apotheken und Drogerien, aber lassen Sie sich nichts anderes aufreden.

Welsachen jeder Art

werden modernisiert, repariert und neu angefertigt. Von einfachsten bis zum feinsten Genre.
Herren- und Damenpelze werden ungefüllt, Jacken und Mäntel umgearbeitet und neu gearbeitet.
Felle und andre Zutaten, auch etwas fertige Werke stets lagernd. Ferner werden Felle zum Gerben und für den entgegengesetzten, gefragten Welsachen gereinigt und gefärbt.
Hochmännlicher Rat und Kunst wird gern erteilt.
Nur saubere Arbeit und billige Berechnung.
Bitte genau darauf zu achten: Nur Bappelallee 20
Rüchenerlei Gmünder Hof links.

Friedensqualitäten

in Mantel-, Kostüm-, Anzug-, Futter- und Seilbahnstoffen empfiehlt
Rudolf Fass, Bismarckstr. 48, I.

Flurfabrik Teller

Breiteweg 25 Ecke Berlinerstrasse
Umwickeln Hüte für Damen u. Herren schnell und preiswert.
Spezial-Damenputz in Velour, Filz und Samt

Gekrönte Häupter

Buchhandlung Volksstimme a 30 Pf.

Militärsachen färbt

labelles schwarz, blau, grün, braun usw. 4353
Färberei Dalichow
Pöhl: Kronprinzstr. (Ecke Bahnhofstr.) Schwibbühl, 1. Saffel-Bohnenstr. (Ecke Sankt-Georgs-Str.) Eubenberg Str. 25a u. 28. Tel. 4019.

Alle Garten künstliche Blumen

Blätter, Waschenwege, Büttel, Gefäße, Pflanz, Zierbeeren, Brautsträuße (grün, silber, gold)
Kranzblumen aller Art, Tanzabzeichen, Gullblumen.
C. Siebert Karlstraße 4, Ecke Wendenburger Straße, beim Feuerwehrtor
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer u. Gärtner.

Trauer-

Hüte, Kleider, Blusen, Röcke, Schleier, Handschuhe, Krepps, Schürzen usw. in allen Preislagen u. größter Auswahl
Schnellste Anfertigung v. Trauerkleidern
Lunge & Münzer
Breiteweg 51, 51a, 52 146

Rechtsbureau Referendar a. D.

Lehmann, Gr. Mühlstr. 5, Fernsprecher 6665. Verfasser des Rechtsbuchs „Die unglückliche Ehe“, Zukunft und alle schriftlichen Arbeiten
in Ehesachen
und allen andern Rechtsachen, besonders auch in Scheidungsachen. - Sprech. 10-1, 3-5, Sonntags 10-1 Uhr.

Uhren und Goldwaren

jeder Art werden sauber und billig repariert
Otto Müller
Uhrmacher
M. Alte Weist., Weinb. 49
Taschenuhren, Wanduhren, Wecker, Broschen und Ketten
sehr preiswert. 41
Reparaturwerkstatt für Sprechmaschinen.
Nadeln in allen Qualitäten vorrätig.

Gebrauchte Spiegelgläser

in den Rindesgrößen 131x47 cm und 95x57 cm, Rahmen in höchsten Preisen.
Angebote unter J O 275 an die Alu, Magdeburg, Breiteweg 174, erlösen. 494

Gühneraugen, Geign. Nägel

beseitigt
Fr. Meyer, Schrot- dorfer Straße 1 I. Z. 4371
+ Homöopathische Praxis +
Maaben
Prälarastraße 14, 2 Tr. Ecke Sankt-Georgs-Str. 78
Wochens 9-4, Sonntags 9-11.
Sonntags keine Sprechst. Harn-Untersuchung.

Statt Karren.

Anten werden Gästen und Bekannten die best. Glückwünsche zum neuen Jahre!
Witt Meiting u. Frau
Das kleine Hotel
„Stadtgenf“, Georgenstr. 9

Als Verlobte grüßen

Gertrud Rhode
Otto Lubinski
Antenwachmeister der Sankt-Georgs-Str. 1919.

Dankfagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unsers feuern Entschlafenen, sagen wir unsern herzlichsten Dank den Beamten und Kollegen des Brigade-Nachricht-Verband sowie den Mitbewohnern der Häuser Weichenbaumstr. 100. Herzlichen Dank für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Schmiede in der Kapelle und am Grabe. Dank auch allen für das letzte Geleit sowie den Freunden und Bekannten für die reichen Kranzspenden. 6153

Wwe. Martha Scherger

geb. Anton nebst Kindern.
Derjenige, welcher am 31. Dezember mittags beim Bäckermeister Reinhardt, Altes Fischerufer, in Markentische mit Inhabt verlobt, mitgenommen hat, wird gebeten, diese gute Bek. vorzulegen, ob im Restaurant Altes Fischerufer 13 abzugeben. H. Werner, 6160

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme und die reichen Kranzspenden beim Begräbnis unsers lieben Vaters sagen wir allen unsern herzlichsten Dank. Besonders Dank Herrn Dr. Köpflin, seinen Kollegen und der Firma G. Wolf sowie dem Metallarbeiterverband. 6166
Im Namen der Hinterbliebenen
Familie W. Pfeiffer

Am 31. Dezember wurde

uns unser einziges Kind, unser liebes herziges Mädchen 6157
nach kurzem Krankenlager durch den Tod entziffen. Dies seligen Gedächtnis an Richard Eiserbeck und Frau Margarete geb. Schubert und alle Angehörigen. Die Beerdigung findet am Sonnabend, 3. Januar, vorm. 9 Uhr, auf dem neuen Eubenberg Friedhof statt.

Emma Stiller

im 8. Lebensjahr. 6116
Magdeburg, Dübener Str. 10, III.
Die krankenenden Eltern Emma Stiller geb. Gabriel Paul Stiller, Feuerbrunn.
Beerdigung: Sonnabend den 3. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des Westfriedhofs aus.

Nach kurzem, schwerem

mit großer Geduld ertragenem Leiden verstarb plötzlich und unerwartet mein innigstgeliebter, herzensguter Mann, der treuherzige Vater meiner lieben Kinder, unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Hilfsarbeiter Bernhard Jbold im 34. Lebensjahr. Am 31. Dezember 1919 im 11. Lebensjahr. Die Beerdigung findet am Montag den 3. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Westfriedhofs aus statt.

Infolge günstigen Einkaufs von Holz bei der

Deeresverwaltung bin ich in der Lage, meine Holzpreise zu senken. 62
Sätze für Erwachsene 150 Mark und Kinder. Lieferung innerhalb einer Stunde nach Bestellung an Krankenhäuser, Kliniken, Lazarett und Privats. Ca. 250 Sätze auf Lager. Kranztransport nach allen Friedhöfen frei mittels eignen, modernen Kranztransportwagens.
Rich. Götting, Neustadt, Lübecker Str. 103. Fernruf 5235.
In Private Sätze. In Wiederverkäufer.

Achtung!

Melner werden durchsicht zur Kenntnis, daß ich bei Abhandlungen von Sachen keinen Erfolg mehr leiste.
Die zur Abhandlung resp. Führung abgegebenen Sachen können sofort bei der Annahme in meinen sämtlichen Filialen bei der Wilhelmstraße in Magdeburg, Allgemeine Versteiger.-Gesellschaft, gegen Abhandlungsumme für eine geringe Prämie je nach Wert der Gegenstände veräußert werden. Gültigkeitsdauer der Auftragsbefähigung nur 3 Monate.

Leopold Wanzleben Nachf.

Färberei und chem. Wäscherei.
Hauptgeschäft: Dübener Str. 61; Filialen: Jakobstr. 26, Schildergasse 23, Eubenberg Str. 33; Annahmestelle für Güter bei Balzer, Alt-Salbe 75. 6139

Die herzlichsten Glückwünsche zum

Zakreswechsel
6142 sendet allen Geschäftsfreunden und Bekannten
Carl Julius Braun
Eubenberg, Magdeburg, D., Eubenberg Str. 46.
Allen werten Gästen, Freunden und Bekannten
ein fröhliches neues Jahr
Willi Müller und Frau
West-Restaurant. 6145

Martha

im vollendeten 15. Lebensjahr nach kurzem, schwerem Leiden entschlafen ist. Dies seligen Gedächtnis an
Magdeburg-Germersleben, den 2. Januar 1920
Otto Paul und Frau,
Willi zurzeit in Gefangenschaft als Geschwister Gertrud und Ernst
und Familie R. Bod.
Die Beerdigung findet am 3. Januar, vormittags 10 Uhr, von der Kapelle des Sudauer Friedhofs aus statt. 6165

Bekanntmachung.

Lebensmittelverteilung.

1. Auf Karteikarte für Juli 1919/Januar 1920 können in der Höhe von 5 Januar bis 11 Januar auf Karte 76...

Bekanntmachung.

Auf Grund des Gesetzes betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachungen vom 17. Dezember 1914, 31. Januar 1915, 20. September 1915 und 23. März 1916...

Bekanntmachung.

Über die Abgabe von Winterreifen im Einzelverkauf. Auf Karte 5 der weißen Einzelverkaufkarte für 1919/20 darf vom 3. Januar 1920 an 1 Zentner...

Bekanntmachung.

Neuerdings ist festgestellt worden, dass die Verletzung unter der fälschlichen Bezeichnung angenommen hat. Im Interesse der öffentlichen Gesundheit...

Bekanntmachung.

Kurse in der Buchführung, Kalkulation und Geographie. Zur Teilnahme an dem Unterricht sind alle männlichen schulpflichtigen Handwerker...

Deutscher Eisenbahner-Verband Ortsverwaltung Magdeburg.

Sonntag, 4. Januar, vorm. pünktlich 10 Uhr, findet im Hohenzollernpark unsere Außerordn. Generalversammlung statt.

Reichsband der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen

Ortsgruppe Magdeburg. Geschäftsführer Knochenhauerufer 59, I. - Fernsprecher 719.

Bezirksversammlungen aller Sektionen

Sonntag den 3. Januar, abends 7 Uhr, Sühfest im Lokal von Hinzburg; Dienstag den 6. Januar, abends 7 Uhr, Sühfest bei Käthe Seidel...

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands

Zahlstelle Magdeburg. 4345. Sonntag den 3. Januar 1920, abends 5 Uhr, im „Bismarck“, Berliner Straße 14.

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Der Staat unserer Kameraden in der Metallindustrie. 2. Reich bei dieser Zeit...

Z.d.A.

Zentralverband der Angestellten freier Gewerkschaft. Große Mühlstr. 7. Fernsprecher 8480.

Ungefestelte

Die Arbeitgeber Magdeburgs haben den neuen Angestellentarif noch nicht anerkannt. Sie verlangen von uns Verzicht auf das Mitbestimmungsrecht...

Wir protestieren dagegen in einer öffentlichen Demonstration-Versammlung

am Sonntag, 4. Januar, vormittags 10 Uhr, im Hofjäger.

- Tagesordnung: 1. Der Urteilspruch des Demobilisierungsausschusses am Freitag den 2. Januar. 2. Wo bleiben die Tarife und rückwirkenden Gehälter?...

Tarif

nach welchem vom 1. Januar 1920 an das Brückengeld für den Übergang über die Eisenbrücken in Magdeburg zu erheben ist.

Table with columns for 'für den Übergang über' and 'Befreiungen'. It lists various categories like 'a. die Strom- u. Zählbrücke' and 'b. die Strombrücke' with corresponding rates in Mark and Pfennig.

B. Befreiungen. Von der Entrichtung des Brückengeldes sind befreit: 1. Militärführer, Dienst- und Offizierspferde...

C. Ermäßigungen. Es werden Jahresgebühren ausgegeben für die im Eigentum von Einwohnern Magdeburgs befindlichen: 1. Pferde und Esel...

Magdeburg, den 6. Dezember 1919. Der Magistrat der Stadt Magdeburg. 69. Heims. Dr. G. Hehl.

Was schenke ich?

Diese Frage macht keine Kopf- -schmerzen, wenn Sie zum - Uhrmacher. Vaternacht. Gr. Duesdorfer Straße 218.

DAS sind die bewährten und sicher funktionierenden besten Karbid-Wirtschaftslampen. Tisch-, Hänge-, Wand-, Schaffner-Lampen.

Billige Holzpantinen! 1819 2021 2223 2425 2631 4354. 1.40 1.75 2.00 2.50 3.00 Ml. mit Lederbeflag...

Aufträge zur sofortigen Vierung in Prima Brenntorf gut trocken, Prima Brennholz gefensertig geschnitten, für Hausbrand...

Bekanntmachung. Nachdem die diesige Gemeindevertretung die Bildung einer Einwohnerversammlung beschlossen hat...

Die Schnellzüge D 9 Braunschweig ab 522 - Berlin Potsdamer Bahnhof an 919, und D 10 Berlin Potsdamer Bahnhof ab 921 - Braunschweig an 229...

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltung Magdeburg. Geschäftsstelle: Große Mühlstraße 3, I. - Geschäftsstunden: Werktags von 10 bis 5 Uhr...

Bezirksversammlung des Bezirks Okerwieddingen, Hodendorf u. Süldorf bei Meyer in Okerwieddingen. In dieser Versammlung beteiligen sich alle gewerkschaftlich freigestellten Genossen...

Deutsch. Holzarbeiter-Verband Zahlstelle Burg bei Magdeburg. Am Sonnabend den 3. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Oberstraße 43.

Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Neuwahl der Lokalverwaltung. 2. Pflicht jedes Mitglieds ist, pünktlich zu erscheinen.

Sozialdemokratischer Verein Neuhaldensleben. Am Mittwoch den 7. Januar, abends 8 Uhr, im Herzogs Gasthaus.

Arbeitsmarkt. Am 3. Januar 1920, von 10 Uhr vormittags an, findet in unserem Fundbüro hier - Offizielles Hauptbahnhofs - öffentliche Versteigerung von Fundstücken statt.

Schokolade. Soll, Stoff-Strick. In Stanniol. Man-Parafas. In Orig. engl. Pfund-Packung, 5150 la. Paraff.

Speisezimmer Wohnzimmer 4341 Schlafzimmer. Küchen - Einrichtungen. sowie alle Einzelmöbel in gr. Ausm. preisw. Reimb. Fey...

1 Herrenzimmer. dunkel, 3 Bücher und Schreibsch. zu verkaufen. Thiele, Kassebachstr. 2, I. 6155.

Interessante Bücher! Hochzeitgedichte. 2. 2.50. Großes Lieberbuch. 2. 2.00. Wäse zum Fortmachen. 2. 1.50.

Photo-Apparate, Ferngläser. 5333. Ferngläser. Suben. Preisen. Letzter, berg. Heimfelder Str. 21 (Steinbad).

Englische Zigaretten. Original-Marken 4349. optisch frei. echte Goldflote.

Wilhelm Sellmann. Tabakwaren-Großhandel. Bahnhofstr. 14. Tel. 4018.

In 3 Tagen werden Militärkuchen in Zivilkuche umgearbeitet. Aufertigung nach Maß und Reparaturen. 4793.

Uhren. werden sauber und preiswert repariert. Otto Müller, Uhrmacher, Alte Heustadt, Weidberg 48.

Mähmaschinen. Fahrwerke, auch besetzt, samt 6 Haken, Goldschmidt-Modelle 5, L. Mähmaschinen, beste Zellstoffwa...

Gleichstrom-Motor. 440 Volt, 3,7 P. S., bis 220 Volt, I. P. S., Kupferwicklung, zu verk. A. Dörsing, 6143.

Handleiterwagen. in verschied. Größen preiswert zu verkaufen. 6034. G. H. B., Dörsingstr. 3, neben der Wittheim.

Schrauben und Muttern. mit W.-Gewinde wieder eingetroffen. 4330. Hutmacher & Winkler, Gr. Klosterstr. 15. Tel. 1071.

Hundefleisch. heute und morgen 9 Uhr verkauft. Marzolin, 6149. Neustädter Straße 38.